

# DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen



David Viskji

V. l. n. r. Dominik Lang, Samuel Puttinger, Stefanie Rödhamer, Gerald Netzl, Sabine Schatz, Alois Stöger, Michael Lindner, Eva-Maria Holzleitner und Andreas Babler am 5. Mai

## Ohne Gleichheit keine Gerechtigkeit!

Unser traditionelles Gedenken bei den Gedenktafeln für Richard Bernaschek und die ermordeten SozialdemokratInnen vor dem Beginn der Internationalen Befreiungsfeier des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen war diesmal ein ganz besonderes. Ein Bericht von Dominik Lang.

Die Feier am 5. Mai stand im Zeichen des Themas „Recht und Gerechtigkeit im Nationalsozialismus“. Redner waren der Vorsitzende der SPÖ Oberösterreich Michael Lindner und Bundesparteivorsitzender Andreas Babler, durch die Feier hat Stefanie Rödhamer geführt, stv. Vorsitzende unserer Landesgruppe Oberösterreich.

In diesem würdigen Rahmen war es unserem Bund eine große Freude und Ehre den Abgeordneten zum Nationalrat Sabine Schatz und Alois Stöger die Otto-Bauer-Plakette für ihre herausragenden Verdienste in der Gedenkkultur als auch im Antifaschismus zu überreichen. An die zweihundert GenossInnen nahmen an unserer Feier teil. Darunter SPÖ-Frauenvorsitzende Eva-Maria Holzleitner, ÖGB-Frauenvorsitzende Korinna Schumann, Mauthausens Bürgermeister Thomas Punkenhofer u. v. a. Auf Initiative unseres oberösterreichischen Landesvorsitzenden Samuel Puttinger wurden die Gedenktafeln renoviert.

Michael Lindner hob in seiner Rede die Bedeutung des solidarischen Erinnerns in der Gegenwart, eines gemeinsamen Einstehens und somit der Verantwortung unserer Zukunft hervor, damit sich die Verbrechen des Nationalsozialismus niemals wiederholen. Andreas Babler zeigte an-

hand der Geschichte Richard Bernascheks auf, wie sich die Diktatur in der Ersten Republik durch den sukzessiven Abbau von demokratischen Rechten „förmlich“ an die Macht schlich. Ganz besonders gelte es aktuell in allen Ländern das Erstarken der rechten Parteien in Europa zu stoppen. Beide Redner verwiesen konsequent auf die Bedeutung der Europawahl am 9. Juni. Fazit: Da die Ungleichheit für den Nationalsozialismus zur Durchsetzung seiner Verbrechen stets politisch existenzielle Begründung war, kann von Gerechtigkeit in diesem System nach den Maßstäben der Sozialdemokratie niemals die Rede sein. Denn wie Andreas Babler in seiner Rede schloss: „Ohne politische und rechtliche Gleichheit gibt es keine Gerechtigkeit“.

Nach den Reden erfolgte die Auszeichnung von Sabine Schatz und Alois Stöger. Sabine Schatz ist im Nationalrat SPÖ-Bereichssprecherin für Erinnerungskultur. In dieser Funktion zeichnet sie sich als leidenschaftliche Kämpferin gegen den Rechtsextremismus und für eine nachhaltige Erinnerungskultur mit großer thematischer Bandbreite in der Gegenwart aus. Opferfürsorge, Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Vandalismus an Mahnmälern, Aufklärung über Rechtsextremismus - seine Bekämpfung und ständige Beobachtung in Zusammenhang mit der Polizei und Justiz, Aufarbeitung der Geschichte des Faschismus in Österreich, breite Förderung der Erinnerungskultur, ZeitzeugInnenpflege, Mauthausen Guide, zahlreiche APA-Aussendungen, Literaturempfehlungen und kritische Beiträge auf Social Media: In unzähligen Aktivitäten, detaillierten



Anfragen und Anträgen dazu beweist sie konsequent ihr umfangreiches, gewissenhaftes und aufrichtiges antifaschistisches Engagement auf der Höhe unserer Zeit. Besonders hervorgehoben sei ihr erfolgreicher Antrag zur Finanzierung von Fahrt- und Vermittlungskosten von Gedenkstättenbesuchen für SchülerInnen sowie ihr Einsatz für die Wiederöffnung der „Todesstiege“. Gin. Schatz ist seit 2000 Mitglied unseres Bundes und treue Teilnehmerin bei unseren Feiern bei der Gedenktafel für Richard Bernaschek, 2019 war sie dort die Hauptrednerin.

Alois Stöger ist seit langem Mitglied unseres Bundes und langjähriger Teilnehmer bei unseren Kundgebungen bei der Gedenktafel für Richard Bernaschek. 2016 hielt er hier die Hauptrede: „Richard Bernaschek ist den Verführungen der Nazis nie erlegen, genauso müssen wir auch heute Haltung bewahren und für Solidarität und Freiheit einstehen. ... Nach dem Krieg wurden solidarische Systeme wie etwa die Sozialversicherung geschaffen. Aber nicht nur in der Gesundheitsfürsorge, auch bei der Armutsbekämpfung oder etwa der Altenpflege wurden sichere soziale Netze geschaffen. Das Vertrauen in die soziale Sicherheit ist eine wesentliche Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Darum sind es auch diese sozialen Netze, die ständigen Angriffen von jenen ausgesetzt sind, die die Gesellschaft spalten wollen!“ In diesem Sinn setzt sich Gen. Stöger bei seiner politischen Arbeit stets für die sozialdemokratischen Grundsätze ein. Darüber hinaus ist ihm auch die antifaschistische Wissensweitergabe an junge Menschen ein zentrales Anliegen.

Eine aktive Gedenkkultur hat auch für ihn große Bedeutung und das spiegelt sich in seiner Tätigkeit für das Mauthausen Komitee Österreich wider. Er ist Mitglied im Kuratorium des MKÖ.



Gerard Netzl

**Die renovierten Gedenktafeln für Richard Bernaschek und die ermordeten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten**

Unsere würdige Feier endete mit der Internationale, die Genossinnen und Genossen reichten sich ein in die tausende TeilnehmerInnen der Internationalen Befreiungsfeier - auch heuer wieder die größte in ganz Europa.

## Schwerer Verlust - Ravensbrückerin Katharina Sasso verstorben

Ingrid Antes



**Katharina „Käthe“ Sasso erhielt 2015 die Rosa-Jochmann-Plakette, im Bild mit Gerald Netzl (l.) und dem damaligen Bundesvorsitzenden Johannes Schwantner (r., † 2018)**

Am 15. April ist die ehemalige Widerstandskämpferin und Frauen-KZ Ravensbrück-Überlebende Katharina „Käthe“ Sasso im 99. Lebensjahr verstorben. Wir betrauern den Verlust einer unermüdlichen Zeitzeugin und persönlichen Freundin.

Am 25. Februar 2015 fand in Wien ein historisches Ereignis statt: Erstmals in der Geschichte des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen wurde die damals neu geschaffene Rosa-Jochmann-Plakette verliehen. Die Widerstandskämpferin „Käthe“ Sasso war die erste Ausgezeichnete. Sasso kannte „unsere Rosa“ persönlich, ja musste sie im Block 3 des Konzentrationslager Ravensbrück kennenlernen. Mit der Auszeichnung würdigten wir besonders Sasso so wichtige Arbeit als eine der letzten Zeitzeuginnen der Nazi-Verbrechen, gerade auch im Kontakt mit Jugendlichen. Mit dem Namen Käthe Sasso ist aber ebenso und untrennbar die Rettung der Gräber in der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof verbunden. Seit 11. März 2013 ist die Gruppe 40 als Nationale Gedenkstätte zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Justiz gewidmet. Die Schaffung der Nationalen Gedenkstätte gelang durch die Unterstützung von Bundeskanzler Werner Faymann, Minister Josef Ostermayer und Gerhard Schmid – sie und hundert andere Freundinnen und Freunde waren am 24. April bei Käthes Begräbnis in Winzendorf.

Nicht minder würdevoll war das am 7. Mai auf Einladung von Bürgermeister Michael Ludwig im Wiener Rathaus stattgefundene Gedenken, bei dem Doris Bures Hauptrednerin war und WegbegleiterInnen und FreundInnen über Käthe sprachen.

Dank tatkräftigem Einsatz unseres Bundes, hier ist Gen. Peter Weidner zu nennen, wurden das Leben und die Erfahrungen Käthe Sasso in Audio CD- und DVD-Form der Nachwelt erhalten (CD „Nicht nur in Worten, auch in der Tat“, DVD „Katharina Sasso - Widerstandskämpferin und die Gruppe 40“).

Wir werden Käthe, die Mitglied unseres Bundes und des KZ-Verbandes war und in der ÖVP-Kameradschaft genauso sehr geschätzt war, niemals vergessen und in ihrem Sinn gegen alte und neue Nazis kämpfen!



# ARGE-Gedenken im Frühjahr

Die Gedenkfeierlichkeiten der ARGE der NS-Opferverbände und Widerstandskämpfer/innen Österreichs rund um den Jahrestag des „Anschlusses“ im März 1938 haben eine lange Tradition. Die VertreterInnen der Verbände legten am 15. März im Gedenken Kränze Am Spitz beim Denkmal für Biedermann, Huth und Raschke in Floridsdorf, in der ehemaligen Hinrichtungsstätte am Landesgericht Wien sowie beim Mahnmal der ehemaligen Gestapo-Leitstelle am Morzinplatz nieder. In Floridsdorf gedachte Bezirksvorsteher Georg Papai mit uns, Stephan Roth vom DÖW hielt die Gedenkrede.

Ulrike Garscha



Friedl Garscha (KZ-Verband), Norbert Kastelic (ÖVP-Kameradschaft), BV Georg Papai, Stephan Roth (DÖW), Volkmar Harwanegg (FK) und Hans Schiel (Vors. FK Floridsdorf) mit SchülerInnen

Am 5. April erinnerten mehr als 100 TeilnehmerInnen, unter ihnen viele SchülerInnen der Berufsschule Hütteldorfer Straße, an den ersten Transport österreichischer Nazizegner am 1. April 1938 ins KZ Dachau. Die Gedenkreden hielten Ernst Berger, Vorsitzender der österreichischen Lagergemeinschaft Dachau (Sein Vater Ferdinand Berger schloss sich 1937 den Internationalen Brigaden an und nahm auf Seiten der Republik am Spanischen Bürgerkrieg teil. Ab 1941 war er bis zur Befreiung 1945 politischer Häftling in den Konzentrationslagern Dachau und Flossenbürg.), und Gerald Netzl.

Ulrike Garscha



v. l. n. r. Norbert Kastelic, Friedl Garscha, Ernst Berger und Gerald Netzl

Zu den Gedenkveranstaltungen an die Massaker des 6. und 7. April 1945 in Stein an der Donau und in Hadersdorf am Kamp fuhr auch heuer wieder ein Bus aus Wien, Angehörige aller drei Opferverbände nahmen daran teil.

v. l. n. r. Friedl Garscha, MdEP Lukas Mandl, Bgm. Heinrich Becker, Klaus Bergmaier (FK), Norbert Kastelic und Volkmar Harwanegg

Ulrike Garscha



v. l. n. r. Friedl Garscha, Norbert Kastelic und Volkmar Harwanegg (FK)



Ulrike Garscha

Ulrike Garscha



v. l. n. r. Gerald Netzl, Gabriele Wagner (ÖVP-Kameradschaft) und Friedl am 5. Mai vor der Internationalen Befreiungsfeier

# Berg frei - Mensch frei - Welt frei

## Naturfreunde im Widerstand (Teil 1)

Die Rolle von NaturfreundInnen im Widerstand gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus wurde bisher kaum beleuchtet. In einem zweiteiligen Artikel werden daher Motivation und insbesondere im zweiten Teil die konkreten Widerstandsmaßnahmen durch NaturfreundInnen skizziert.

„Der Verein Naturfreunde entsprang der tiefen Sehnsucht der in den grauen Häuserschluchten der Industriestädte freudlos eingepferchten Menschen nach Freiheit, Licht und Sonne, Bergen und Tälern, Wäldern und Seen und damit nach seelischer Erhebung am Gesundbrunnen der Natur. Freilich mußten sich die Pioniere dieser ungemein verdienstvollen Bewegung in jener Zeit, da es noch keinen Achtstundentag und keinen Arbeiterurlaub gab, vorerst auf kleine Sonntagswanderungen, zum Beispiel in den nahen Wienerwald beschränken.“ So beschrieb 1955 der Wiener Bürgermeister und spätere Bundespräsident Franz Jonas die Frühzeit seines Vereins, der Naturfreunde.

1895 wurde der „Touristenverein Die Naturfreunde“ gegründet. Die sozialen Bedingungen waren weit schlimmer als man sich heute vorstellen kann. Wochenarbeitszeiten bis zu 70 Stunden, Schlafstellen, die mit anderen geteilt wurden, schwere gesundheitliche Schäden, Tuberkulose und eine enorme Sterblichkeit. Die Naturfreunde waren Teil einer proletarischen Gegenbewegung. Der Acht-Stunden-Tag und arbeitsfreie Tage gehörten zu den ersten Forderungen des Vereins.

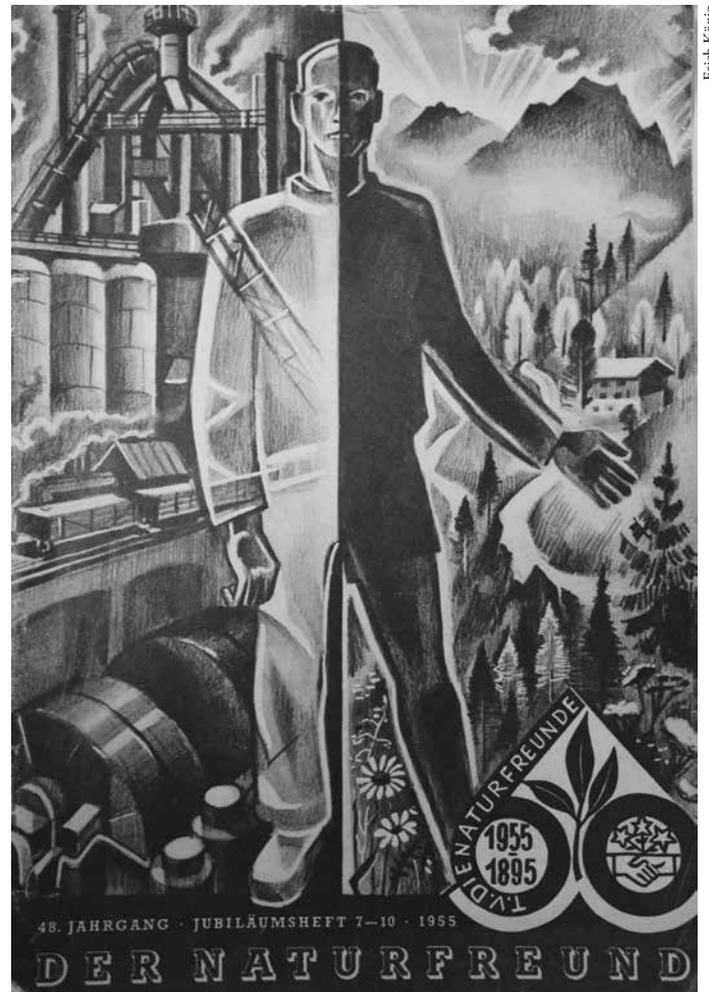
1907 bei der Eröffnung des ersten Naturfreundehauses, dem Padasterjochhaus in den Stubaier Alpen, erklärte der Mitbegründer der Naturfreunde Karl Renner, warum das Haus mehr als eine Schutzhütte ist: „Wenn Sie hinauseilen in die Natur, wenn Sie wieder heraufkommen in dieses Haus, erinnern Sie sich daran, was wir wollen, vergessen Sie nicht, was die Aufgabe der Menschheit ist, und es wird nicht nur ein ‚Berg frei!‘ sein in unserer Zukunft, sondern ein ‚Welt frei!‘.“ Den Naturfreunden war sozialistisches und widerständiges Denken in die Wiege gelegt.

### Der Faschismus kam nicht über Nacht

Anfangs war das Verhältnis zwischen den Naturfreunden und den bürgerlichen Alpenvereinen freundschaftlich. Dies änderte sich nach dem Ersten Weltkrieg zusehends. Immer mehr Sektionen des „Deutschen und Österreichischen Alpenvereins (DuÖAV)“ nahmen sogenannte „Arierparagraphen“ in ihre Statuten auf. Jüdinnen und Juden durften in diesen Sektionen nicht mehr Mitglieder sein.

1923 hatte bereits der Großteil der österreichischen Sektionen diese Bestimmung in ihren Statuten. In Deutschland war der Widerstand größer als in Österreich. Viele jüdische BergsteigerInnen traten den Naturfreunden und der Sektion Donauland des Alpenvereins, einer der letzten nicht antisemitischen Sektionen des Alpenvereins in Österreich, bei. 1924 wurde die Sektion Donauland aus dem DuÖAV ausgeschlossen. Die Naturfreunde waren der einzige Alpenverein, der dies scharf kritisierte. Die ausgeschlossene Sektion gründete den Alpenverein Donauland. Hakenkreuzfahnen und Hetzplakate auf Alpenvereinsgehütten führten nun oft zu Auseinandersetzungen.

Der Alpenverein strich 1923 auch für Mitglieder anderer alpiner Vereine die Begünstigung bei Übernachtungen auf den Schutzhütten. Die Maßnahme richtete sich in erster Linie gegen die Naturfreunde. Für viele Naturfreundemitglieder war die Übernachtung in Alpenvereinsgehütten nun zu teuer geworden. Die Naturfreunde reagierten mit dem verstärkten Bau eigener alpiner Schutzhütten. Aus eigener Kraft bauten österreichische und



Erich König

### Der Naturfreund: Sondernummer 60 Jahre Naturfreunde

deutsche Naturfreunde in kürzester Zeit 400 Schutzhütten. Mitglieder der Naturfreunde bauten die Hütten mit eigenen Händen. Der Bauausschuss der Wiener Naturfreunde rief im Herbst 1923 dazu auf, eine „Trutzgabe“ zu spenden. So wurde das Baumaterial finanziert. Die SpenderInnen trugen stolz ein goldenes Abzeichen. „TRUTZGABE – Aus eigener Kraft - BERG FREI!“

Aus dieser Zeit stammt der Spruch „Jede Naturfreundegehütte ist ein Stück Klassenkampf.“ Die Naturfreunde, der Alpenverein Donauland und viele kleine Alpingesellschaften gewährten einander Hüttengegenrecht, um den Mitgliedern weiterhin das leistbare Übernachten auf den Bergen zu ermöglichen und ein Gegengewicht zum Alpenverein zu bilden.

Auch die Auseinandersetzungen mit den Heimwehren nahmen zu. Naturfreundegehütten wurden von Heimwehren und Gendarmerie nach Waffen durchsucht. Die Durchsuchungen dienten der Provokation, auf den Hütten waren keine Waffen.

### Februarkämpfe und Verbot der Naturfreunde

Am 13. Februar 1934 durchsuchten Heimwehr und Polizei die Naturfreundezentrale erfolglos nach Waffen. Am 14. Februar 1934 wurden nach



Plakat, das auf Hütten des DuÖAV hing

der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) auch die Naturfreunde vom Dollfuß-Regime verboten. Paul Richter, der Präsident der Naturfreunde, wurde verhaftet. Viele Naturfreunde waren auch im Republikanischen Schutzbund organisiert, unter den Februartoten waren mehrere aktive Naturfreunde, eines der bekanntesten Opfer war Georg Weissel. 101 Naturfreundehäuser und ein Großteil des Eigentums der österreichischen Naturfreunde wurden beschlagnahmt und den Bergfreunden, einer Teilorganisation der austrofaschistischen Vaterländischen Front, übergeben.

Die deutschen Naturfreunde waren bereits 1933 nach Machtergreifung der Nationalsozialisten verboten worden. Die österreichischen Naturfreunde hatten die Gefahr des Verbots vorhergesehen und schon im September 1933 die Vereinszentrale in die Schweiz verlegt, wichtige Naturfreunde-dokumente wurden im Kohletender einer Lokomotive in die Schweiz gebracht. Von 1933 bis 1939 wurden fast alle der 22 Mitgliedsorganisationen der Naturfreundeinternationale verboten. Nur die Naturfreunde Schweiz und USA konnten bis 1945 aktiv bleiben, um 1945 den Wiederaufbau der Weltorganisation zu unterstützen.

## Naturfreunde im Widerstand

Wie viele Naturfreundemitglieder im Widerstand aktiv waren, ist schwer nachzuvollziehen, da sie es meist als SozialistInnen, KommunistInnen oder GewerkschafterInnen waren. Der Anteil der Naturfreunde im Widerstand dürfte jedoch überproportional gewesen sein. Nach dem Verbot der Sozialdemokratie waren viele führende SDAP-FunktionärInnen im Exil oder in Haft, andere konnten nicht aktiv werden, da sie überwacht wurden. Die neuen Kader der revolutionären SozialistInnen aber auch des kommunistischen Widerstands kamen daher oft aus den ehemaligen Vorkriegsorganisationen der SDAP, sehr oft aus Sozialistischer Arbeiterjugend und den Naturfreunden. Dort hatten sie sich kennen gelernt, sind politisiert worden und lernten zu organisieren.

Als NaturfreundInnen wahrgenommen wurden sie nur, wenn sie naturfreundespezifische Widerstandsmaßnahmen in den Bergen durchführten. In der nächsten Nummer des „Sozialdemokratischen Kämpfers“ wird der Widerstand in den Bergen beschrieben werden.

Erich König ■



Trutzgabe 1923

Derzeit wird an einem Buchprojekt zum Thema „Widerstand in den Bergen“ gearbeitet. Es soll ein Tourenführer werden, der politische und soziale und Zusammenhänge vermittelt. Es werden Touren zu Orten von historischer Bedeutung beschrieben. Das können Fluchtrouten, Partisanenverstecke oder andere Orte des Widerstands sein. Jeder Artikel wird mit einer Tourenbeschreibung ergänzt.

Falls jemand Dokumente oder Fotos aus dieser Periode hat, würde es uns freuen, wenn wir Einsicht nehmen und kopieren dürfen. [landstrasse@naturfreunde.at](mailto:landstrasse@naturfreunde.at)

# Unsterbliche Opfer

Im „Kämpfer“ 3/2022 brachten wir die 95 Namen aller 1942 in Wien Hingerichteten, in 3/2023 die 239 Namen der Frauen und Männer, die 1943 geköpft wurden. 1944 verzeichnete 179 Opfer. Die überwiegende Mehrzahl der Opfer wurde wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt. Wir werden Sie niemals vergessen!



Gerald Netzl

Anderle Franz (geb. 21.7.1898), Trafikant, hingerichtet 13.3.1944  
 Baubelik Karl (geb. 19.2.1896), Bankangestellter, hingerichtet 10.5.1944  
 Begrisch Johann (geb. 17.2.1911), Schlossergehilfe, hingerichtet 8.11.1944  
 Beinstein Raimund (geb. 30.5.1905), Hilfsarbeiter, hingerichtet 30.8.1944  
 Bernert Franz (geb. 20.6.1895), Hilfsarbeiter, hingerichtet 30.8.1944  
 Bernhard Michael (geb. 14.10.1899), Maurergehilfe, hingerichtet 11.1.1944  
 Berto August (geb. 27.5.1888), Pensionist, hingerichtet 24.5.1944  
 Binder Apollonia (geb. 15.1.1898), Schlossergehilfin, hingerichtet 26.4.1944  
 Binder Florian (geb. 12.7.1901), Schlossergehilfe, hingerichtet 26.4.1944  
 Blaschek Josef (geb. 20.2.1893), Anstreichergehilfe, hingerichtet 30.8.1944  
 Böhm Johann (geb. 15.9.1910), Eisendrehergehilfe, hingerichtet 11.1.1944  
 Bönisch Anton (geb. 27.12.1890), Buchbindergehilfe, hingerichtet 2.8.1944  
 Brachaczek Adolf (geb. 2.6.1895), Maschinist, hingerichtet 21.11.1944  
 Brtna Leopold (geb. 21.3.1921), Tischlergehilfe, hingerichtet 24.5.1944  
 Budin Karl (geb. 15.8.1924), Teppichweber, hingerichtet 7.2.1944  
 Burian Karl (geb. 4.8.1896), Hauptmann, hingerichtet 13.3.1944  
 Chwatal Rudolf (geb. 4.3.1922), kaufm. Angestellter, hingerichtet 5.12.1944  
 Daniel Rudolf (geb. 27.8.1904), Hilfsarbeiter, hingerichtet 13.3.1944 wegen „Wehrkraftzersetzung“  
 Diwisch Ernestine (geb. 23.3.1921), Tabelliererin, hingerichtet 24.5.1944  
 Dragosits Johann (geb. 4.4.1904), Chauffeur, hingerichtet 24.5.1944  
 Dubravsky Franz (geb. 20.10.1915), Chauffeur, hingerichtet 13.3.1944 wegen „Fahnenflucht“  
 Dürauer Franz (geb. 23.5.1902), Bäckergehilfe, hingerichtet 8.11.1944  
 Dworak Theresia (geb. 12.10.1899), Haushalt, hingerichtet 21.6.1944  
 Eibel Richard (geb. 19.7.1902), Holzarbeiter, hingerichtet 21.11.1944  
 Enzmann Josef (geb. 11.9.1924), Vermessungsgelhilfe, hingerichtet 26.4.1944 wegen „Fahnenflucht“  
 Estermann Kamilla (geb. 21.11.1881), Heimarbeiterin, hingerichtet 21.11.1944



Fischer-Ledenice Gerhard (geb. 5.3.1919), Diplomkaufmann, hingerichtet 5.7.1944  
Follner Rudolf (geb. 15.4.1887), Straßenbahnangestellter, hingerichtet 5.12.1944  
Fritsch Robert (geb. 12.10.1889), kaufm. Angestellter, hingerichtet 21.6.1944  
Fritsch Wilhelm (geb. 29.3.1906), Finanzangestellter, hingerichtet 8.11.1944  
Fritsch Willibald (geb. 7.7.1895), Drehergehilfe, hingerichtet 6.6.1944  
Fuchs Jakob (geb. 23.7.1911), Glasarbeiter, hingerichtet 26.4.1944  
Führer Ludwig (geb. 15.10.1886), Müllergehilfe, hingerichtet 5.12.1944  
Fuhry Wilhelm (geb. 20.5.1923), Eisendrehergehilfe, hingerichtet 11.1.1944  
Gabler Leo (geb. 11.5.1908), Taschner, hingerichtet 7.6.1944  
Gadermeier Franz (geb. 7.6.1921), Landwirt, hingerichtet 7.4.1944  
Gärtner Johann (geb. 17.6.1894), Straßenbahnschaffner, hingerichtet 8.11.1944  
Gerber Robert (geb. 12.5.1898), Schlossergehilfe, hingerichtet 26.4.1944  
Göth Eduard (geb. 3.2.1898), Oberlehrer, hingerichtet 13.3.1944  
Götz Rudolf (geb. 20.1.1901), Maschinenarbeiter, hingerichtet 19.9.1944  
Goldsteiner Anna (geb. 17.6.1899), Tagelöhnerin, hingerichtet 5.7.1944  
Graf Johann (geb. 6.6.1906), Gemeindeangestellter, hingerichtet 21.6.1944  
Graf Rosalia (geb. 1.5.1897), Hilfsarbeiterin, hingerichtet 21.6.1944  
Gräf Anna (geb. 28.3.1925), Schneiderlehrling, hingerichtet 11.1.1944  
Grazzarek Siegfried (geb. 6.2.1920), Hilfsarbeiter, hingerichtet 24.5.1944 wegen „Meuterei“  
Gries Karl (geb. 15.12.1901), Elektroschweißer, hingerichtet 25.2.1944  
Grosser Augustin (geb. 19.7.1891), Dentist, hingerichtet 30.8.1944  
Gruber Willi (geb. 4.1.1920), kaufm. Angestellter, hingerichtet 19.9.1944  
Gsur Hubert (geb. 27.9.1912), Feinmechaniker, hingerichtet 5.12.1944  
Haas Dr. Johann Otto (geb. 6.1.1906), Hauptschullehrer, hingerichtet 30.8.1944  
Hadacek Leopold (geb. 29.10.1914), Maschinenarbeiter, hingerichtet 7.2.1944  
Hädrich Otto (geb. 15.10.1913), Hilfsarbeiter, hingerichtet 11.1.1944 wegen „Fahnenflucht“  
Haider Rudolf (geb. 26.7.1896), Maurergehilfe, hingerichtet 21.6.1944  
Hala Josef (geb. 14.2.1895), Bahnangestellter, hingerichtet 5.12.1944  
Hampl Josef (geb. 3.3.1908), Hilfsarbeiter, hingerichtet 13.3.1944  
Hartl Franz (geb. 22.11.1890), Hilfsarbeiter, hingerichtet 8.11.1944  
Harwarth Leopold (geb. 13.8.1901), Maschinenschlosser, hingerichtet 7.2.1944  
Haschka Richard (geb. 30.9.1896), Chauffeur, hingerichtet 5.12.1944  
Haselkus Josef (geb. 1.5.1922), Arbeiter, hingerichtet 24.5.1944 wegen „Fahnenflucht“  
Haslauer Lukas (geb. 18.12.1892), Buchbindergehilfe, hingerichtet 8.11.1944  
Hauer Franz (geb. 28.1.1905), Maschinenarbeiter, hingerichtet 13.3.1944  
Hauptmann Johann (geb. 9.8.1900), Schlossergehilfe, hingerichtet 7.6.1944  
Hedrich Friedrich (geb. 22.9.1914), Elektromonteur, hingerichtet 25.2.1944  
Heger Franz (geb. 13.12.1869), Gendarmerieinspektor, hingerichtet 21.11.1944  
Heindl Franz (geb. 26.6.1906), Hilfsarbeiter, hingerichtet 13.3.1944  
Heindl Michael (geb. 29.9.1901), Hilfsarbeiter, hingerichtet 13.3.1944  
Heintschel-Heinegg Hanns Georg (geb. 5.9.1919), Student, hingerichtet 5.12.1944  
Hera Josef (geb. 16.2.1901), Schlossergehilfe, hingerichtet 21.6.1944  
Herynek Rudolf (geb. 6.2.1922), Spinner, hingerichtet 7.2.1944  
Hofer Karl (geb. 15.3.1905), Kraftwagenlenker, hingerichtet 21.11.1944  
Hoffmann Josef (geb. 5.12.1900), Maschinenarbeiter, hingerichtet 21.11.1944  
Hofmeister Michael (geb. 29.6.1885), Hilfsarbeiter, hingerichtet 24.5.1944  
Homolka Emil (geb. 17.5.1920), kaufm. Angestellter, hingerichtet 11.1.1944  
Huber Kurt (geb. 25.11.1919), Verkäufer, hingerichtet 7.2.1944 wegen „Fahnenflucht“  
Hubinek Josef (geb. 1.1.1891), Handelsangestellter, hingerichtet 21.6.1944  
Jakobovits Josef Friedrich Ernst (geb. 31.3.1916), kaufm. Angestellter, hingerichtet 13.3.1944  
Janku Rosa (geb. 10.8.1882), Bedienerin, hingerichtet 5.12.1944  
Jirak Franz (geb. 14.8.1911), Zahntechniker, hingerichtet 10.5.1944  
Jursitzky Bruno (geb. 26.9.1898), Straßenbahnangestellter, hingerichtet 25.2.1944  
Jursitzky Wilhelm (geb. 8.1.1896), Spinnereiarbeiter, hingerichtet 21.6.1944  
Kaluzik Karl (geb. 20.7.1909), Tischlergehilfe, hingerichtet 21.11.1944  
Kascha Franz (geb. 29.1.1907), Drehergehilfe, hingerichtet 13.3.1944  
Kastelic Dr. Jakob (geb. 4.1.1897), Rechtsanwaltsanwärter, hingerichtet 2.8.1944  
Kernau Ferdinand (geb. 27.8.1915), Zahntechniker, hingerichtet 25.2.1944  
Kirchberger Rudolf (geb. 16.3.1900), Tischlergehilfe, hingerichtet 21.6.1944  
Kisslinger Robert (geb. 24.10.1904), Schlossergehilfe, hingerichtet 19.9.1944  
Klostermann Therese (geb. 11.7.1913), Haushalt, hingerichtet 13.3.1944  
Knize Johann (geb. 12.11.1904), Bauhilfsarbeiter, hingerichtet 21.6.1944  
Knize Josef (geb. 22.2.1908), Hilfsarbeiter, hingerichtet 21.6.1944  
Kohler Josef (geb. 5.12.1922), Milchkontrollor, hingerichtet 25.2.1944  
Kolar Felix (geb. 27.12.1887), Hilfsarbeiter, hingerichtet 21.6.1944  
Kozian Rudolf (geb. 30.8.1891), Autounternehmer, hingerichtet 8.11.1944  
Kralik Franz (geb. 2.2.1901), Heizer, hingerichtet 21.11.1944  
Kratochvil Bernhard (geb. 29.12.1896), Kürschner, hingerichtet 10.5.1944  
Kronawitter Andreas (geb. 6.8.1894), Bahnbeamter, hingerichtet 21.11.1944  
Kubak Wladimir (geb. 5.8.1921), Drehergehilfe, hingerichtet 10.5.1944  
Kubasta Gottfried (geb. 3.10.1907), Installateurgehilfe, hingerichtet 5.12.1944  
Lachnit Friedrich (geb. 22.2.1924), Bootbauergehilfe, hingerichtet 11.1.1944  
Lasnicka Josef (geb. 10.2.1895), Schlossergehilfe, hingerichtet 19.9.1944  
Lederer Dr. Karl (geb. 22.12.1909), Kommissär, hingerichtet 10.5.1944  
Loch Günter (geb. 29.1.1907), Schriftsteller, hingerichtet 21.6.1944  
Lohninger Hermine (geb. 5.12.1902), Lehrerin, hingerichtet 2.8.1944  
Lukas Franz (geb. 23.11.1887), Glasbläsergehilfe, hingerichtet 19.9.1944

Lusk Josef (geb. 18.6.1905), Lokführer, hingerichtet 21.11.1944  
 Mann Karl (geb. 15.2.1924), Tapezierergehilfe, hingerichtet 13.3.1944  
 Majel Sergius (geb. 9.11.1913), Zimmermann, hingerichtet 7.4.1944 wegen „deutschfeindlicher Äußerungen“  
 Maras Johann (geb. 8.11.1892), Straßenbahnangestellter, hingerichtet 5.12.1944  
 Miegel Alfred (geb. 8.9.1900), Diplomingenieur, hingerichtet 10.5.1944  
 Mithlinger Johann (geb. 31.7.1898), kaufm. Angestellter, hingerichtet 7.6.1944  
 Morawitz Bruno (geb. 20.6.1923), Maschinenarbeiter, hingerichtet 25.2.1944  
 Müller Gertrude (geb. 15.3.1916), kaufm. Angestellte, 11.1.1944  
 Müller Leopold (geb. 12.10.1922), Eisendreher, hingerichtet 25.2.1944  
 Muzyka Friedrich (geb. 7.7.1921), Buchbindergehilfe, hingerichtet 24.5.1944  
 Nahodil Viktor (geb. 30.10.1900), Schuhmachermeister, hingerichtet 5.12.1944  
 Neuhart Franz (geb. 31.8.1917), Dieselmachinist, hingerichtet 11.1.1944 wegen „Fahnenflucht“  
 Neusiedler Franz (geb. 3.12.1898), Reichsbahnangestellter, hingerichtet 5.12.1944  
 Nirschi Johann (geb. 20.7.1912), Mechanikergeselle, hingerichtet 21.11.1944  
 Orlizek Leo (geb. 8.5.1924), Installateur, hingerichtet 13.3.1944 wegen „Fahnenflucht“  
 Obermaier Rudolf (geb. 16.3.1906), Automechaniker, hingerichtet 24.5.1944  
 Padaurek Leopoldine (geb. 13.8.1898), Haushalt, hingerichtet 21.11.1944  
 Pawlitschek Emil (geb. 6.7.1879), Tischlergehilfe, hingerichtet 2.8.1944  
 Penkovic Eduard (geb. 13.9.1923), Maurergehilfe, hingerichtet 10.5.1944 wegen „Fahnenflucht“  
 Pitschko Marie (geb. 13.11.1908), Handelsangestellte, hingerichtet 21.6.1944  
 Pleschkou Franz (geb. 29.4.1901), Eisengießer, hingerichtet 5.12.1944  
 Pogner Wolfgang (geb. 25.12.1923), Laborant, hingerichtet 5.12.1944  
 Polak Alfred (geb. 23.1.1909), kaufm. Angestellter, hingerichtet 5.12.1944  
 Preinerstorfer Rudolf (geb. 27.3.1885), Chauffeur, hingerichtet 24.5.1944  
 Provasniecek Friedrich (geb. 5.11.1922), Hilfsarbeiter, hingerichtet 7.6.1944  
 Rabofsky Alfred (geb. 29.6.1919), Schriftsteller, hingerichtet 19.9.1944  
 Ram Leopold (geb. 12.11.1895), Gerüster, hingerichtet 25.2.1944  
 Rambausch Stefan (geb. 26.12.1895), Hilfsarbeiter, hingerichtet 7.2.1944  
 Redler Karoline (geb. 16.2.1883), Haushalt, hingerichtet 8.11.1944  
 Rötzer Richard (geb. 25.4.1894), Polizeihauptmann, hingerichtet 2.8.1944  
 Rosenheim Alexander (geb. 7.12.1904), Schuhmachergehilfe, hingerichtet 21.6.1944  
 Rubas Waldemar (geb. 24.1.1906), Steindruckmeister, 11.1.1944  
 Rumpelcker Ludwig (geb. 21.8.1880), Elektrotechniker, hingerichtet 2.8.1944  
 Salzer Johann (geb. 13.12.1894), Heizer, hingerichtet 21.11.1944  
 Schachinger Karl (geb. 16.8.1909), kaufm. Angestellter, hingerichtet 7.4.1944  
 Schalplachta Johann (geb. 14.10.1919), Hilfsarbeiter, hingerichtet 7.4.1944 wegen „Abhörens ausländischer Sender“  
 Schalplachta Rudolf (geb. 27.10.1920), Hilfsarbeiter, hingerichtet 13.3.1944 wegen „Abhörens ausländischer Sender“  
 Schmid Friedrich (geb. 22.9.1920), Hilfsarbeiter, hingerichtet 24.5.1944 wegen „Fahnenflucht“  
 Schmidt Leopold (geb. 22.3.1908), Kellner, hingerichtet 11.1.1944  
 Schmidbauer Felix (geb. 25.10.1908), Maschinenschlosser, 26.4.1944  
 Schönfeld Dr. Marie (geb. 13.7.1898), Regierungsassistentin, hingerichtet 19.9.1944  
 Schönbauer Franz (geb. 11.2.1890), Gemeindebeamter, hingerichtet 19.9.1944  
 Scholz Dr. Roman Karl (geb. 16.1.1912), Lehrer der Theologie, hingerichtet 10.5.1944  
 Schratzberger Ing. August (geb. 9.8.1894), Vermessungstechniker, hingerichtet 5.12.1944  
 Schrems Max (geb. 23.4.1892), Straßenbahner, hingerichtet 7.4.1944  
 Seifert Albert (geb. 8.5.1921), Drehergehilfe, hingerichtet 10.5.1944  
 Sicka Leopoldine (geb. 20.11.1923), Arbeiterin, hingerichtet 11.1.1944  
 Sikuta Franz (geb. 21.10.1921), Eisendrehergehilfe, hingerichtet 11.1.1944  
 Sip Maria (geb. 25.3.1903), Apothekerhelferin, hingerichtet 7.4.1944  
 Skumanc Marie (geb. 11.12.1895), Angestellte, hingerichtet 19.9.1944  
 Smatlak Oswald (geb. 10.7.1924), Hilfsarbeiter, hingerichtet 10.5.1944  
 Sokopp Johann (geb. 6.5.1913), Zollbeamter, hingerichtet 24.5.1944  
 Staracek Franz (geb. 28.7.1924), Mechaniker, hingerichtet 15.6.1944 wegen „Fahnenflucht“  
 Stieglitz Otto (geb. 18.1.1903), Schriftsteller, hingerichtet 21.11.1944  
 Stipcak Leopold (geb. 10.12.1909), Tischlergehilfe, 26.4.1944  
 Strecha Georg (geb. 19.8.1911), Zuckerbäcker, hingerichtet 21.11.1944  
 Tima Franz (geb. 27.6.1901), Autoschlossergehilfe, hingerichtet 30.8.1944  
 Tolnay Emilie (geb. 6.10.1901), Friseurin, hingerichtet 5.7.1944  
 Trajkovic Nikolaus (geb. 8.3.1891), Schlossergehilfe, hingerichtet 26.4.1944  
 Tschapek Franz (geb. 17.8.1903), Schlossergehilfe, hingerichtet 25.2.1944  
 Tugendsam Josef (geb. 13.10.1908), Automechaniker, hingerichtet 7.4.1944 wegen „Fahnenflucht“  
 Uthe Franz (geb. 25.10.1901), Schneidermeister, hingerichtet 24.5.1944  
 Vavra Narziß (geb. 8.11.1909), Autogenschneider, hingerichtet 13.3.1944  
 Vodinsky Roman (geb. 5.10.1919), Gerbergehilfe, hingerichtet 8.11.1944  
 Walla Anna (geb. 21.3.1891), Angestellte, hingerichtet 24.5.1944  
 Wällner Rudolf (geb. 1.4.1903), Vizeinspektor, hingerichtet 10.5.1944  
 Watzek Anton (geb. 2.1.1924), Schweißergehilfe, hingerichtet 10.5.1944  
 Weber Johann (geb. 11.1.1894), Schmiedegehilfe, hingerichtet 25.2.1944  
 Weiss Engelbert (geb. 30.4.1891), Metalldreher, hingerichtet 7.4.1944  
 Wimmer Anton (geb. 15.5.1885), Eisendreher, hingerichtet 21.6.1944  
 Windberger Josef (geb. 21.6.1903), kaufm. Angestellter, hingerichtet 24.5.1944  
 Zach Emmerich (geb. 8.7.1897), Schneidergehilfe, hingerichtet 21.11.1944  
 Zach Friedrich (geb. 29.1.1893), Wäschereibesitzer, hingerichtet 8.11.1944  
 Zeiner Josef (geb. 18.9.1887), Kraftwagenlenker, hingerichtet 10.5.1944  
 Ziegler Gustav (geb. 30.5.1917), Medizinstudent, hingerichtet 30.8.1944  
 Zimmerl Dr. Hans (geb. 1.9.1912), Rechtsanwalt, hingerichtet 10.5.1944



# Das Anhaltelager Wöllersdorf 1933-1938

Gerald Netzl



Das 1974 errichtete Mahnmal für das Anhaltelager Wöllersdorf

Bereits in der letzten Ausgabe des „Kämpfers“ brachten wir auf Seite 11 einen Artikel von Franz Gehringer über das nördlich von Wiener Neustadt gelegene größte Anhaltelager im Austrofaschismus. Gerald Netzl hat das gleichnamige 2015 erschienene Buch von Pia Schönlberger (wieder) gelesen und im folgenden Beitrag interessante Fakten zusammengefasst.

Ab 1820 wurden in Wöllersdorf Artillerieraketen produziert, ab 1867 Artilleriemunition. Die sog. „Feuerwerksanstalt“ (so heißt die nahe Bahnhaltestelle noch heute, Anm.) hatte im Ersten Weltkrieg einen Höchststand von 40.000 Beschäftigten. In der Ersten Republik stand das 3 km<sup>2</sup> große Fabrikgelände weitgehend leer. Eine Parallele zu Nazi-Deutschland: Das KZ Dachau wurde 1933 ebenfalls auf dem Gelände einer ehemaligen Munitionsfabrik errichtet.

Obwohl bereits im Herbst 1933 eingerichtet, definierte die Anhaltelagerverordnung erst im Juni 1934 das Ausmaß des Freiheitsentzuges:

1. Anhaltung als Vergeltungsmaßnahme: 4-8 Wochen, 2. Anhaltung wegen Propaganda durch Flug-

schriften, Klebezettel, Teilnahme an politischen Demonstrationen: 2-4 Monate 3. Anhaltung prominenter politischer Führer, von denen der Sicherheitsbehörde bekannt ist, dass sie sich weiterhin betätigen, ohne, dass ein strafbarer Tatbestand nachgewiesen werden konnte: 4-6 Monate 4. Anhaltung überführter Terroristen, wobei der durch den Anschlag angerichtete Schaden bzw. die Gefährlichkeit des Anschlags zu berücksichtigen ist: 6-12 Monate

Wöllersdorf diente zur Internierung von Personen, die als Regimegegner galten bzw. der Gegnerschaft verdächtig waren, denen jedoch keine strafbare Handlung nachgewiesen werden konnte, oder die aufgrund einer solchen bereits strafgerichtlich und / oder polizeilich belangt worden waren. Das war eine weitere Parallele zu NS-Deutschland: Man konnte OHNE gerichtliche Verurteilung oder NACH abgesessener Strafe „angehalten“ werden (bzw., in Nazi-Deutschland, in „Schutzhaft“ genommen werden). Aufgrund der Nähe zu Wien waren Wiener immer der Großteil der Häftlinge.

Perfide war, von den Eingesperrten sogar noch Geld zu verlangen: Im November 1933 wurde ein Betrag von ÖS 3,50 pro Aufenthaltstag festgesetzt, den die Häftlinge nach der Entlassung hätten zahlen müssen. Engelbert Dollfuß erschien das zu niedrig, es wurde gleich auf ÖS 6,- erhöht (entspricht € 27,-). Fahrt- und Transportkosten wurden den Häftlingen ebenfalls in Rechnung gestellt. Da die meisten Häftlinge seit Jahren arbeitslos waren, konnten nur 1-2 % des einzutreibenden Geldes eingetrieben werden. Noch eine Schikane: Im September 1934 wurde eine Bestimmung erlassen, wonach Hochschülern das aktuelle Semester nicht angerechnet würde, wenn sie in ein Anhaltelager „abgegeben“ wurden.

In Wöllersdorf waren bis zur Einlieferung von vielen Sozialdemokraten nach dem Februar 1934 fast nur Nationalsozialisten und einige Kommunisten eingesperrt. Am 1.6.1934 waren 627 Linke und 317 Nazi inhaftiert, am 3.9.1934 3.400 Nazi (Putschversuch am 25. Juli!) und 545 Linke, im Jänner 1935 500 Nazi, 64 Sozialdemokraten und 90 Kommunisten. Der Historiker Kurt Bauer hat 7.823 Perso-

nen festgestellt, die in Wöllersdorf „angehalten“ wurden, darunter eine Frau, ganz kurz bei Errichtung des Lagers. 73 % waren Nazi.

Die Verhältnisse waren nicht zu vergleichen mit einem deutschen Konzentrationslager, die Verpflegung war besser, es gab keine Folter, ja, für die Nazi war Wöllersdorf ein Schulungsort. Als Zeitvertreib dienten Sport, Basteln, Lesen und Vorträge. Rosa Jochmann sagte später: „Die Zeit von 34 bis 38, die wir gegessen sind, das kann man nicht einmal mit einem Atemzug nennen mit dem, was nachher gekommen ist.“ Zermürbend war, dass die Häftlinge oft nicht wussten, wie lange die „Anhaltung“ dauern sollte. Und es sei unbedingt daran erinnert, dass der kranke Otto Glöckel an den Folgen einer bewusst überlangen Haft gestorben ist und am 7. Juni 1934 der ehemalige sozialdemokratische Parteisekretär und Landtagsabgeordnete Rudolf Posch aus Neunkirchen aus Verzweiflung in den Selbstmord getrieben wurde. Laut illegaler Arbeiter Zeitung vom 12.12.1936 starb ein Häftling bei Erarbeiten im ehemaligen Sprenggebiet bei einer Explosion. Ein Kameramann der „Ostmark-Wochenschau“ starb 1938 an den Folgen der Dreharbeiten des Abbrennens einer Baracke, er war zu nah am Feuer und erlitt eine Rauchgasvergiftung. Ob es darüber hinaus Tote gegeben hat ist nicht erforscht.



# Demokratie in Gefahr – Ansatzpunkt zur Diskussion

**Einschränkung der Meinungsfreiheit, Drohgebärden rechtsgerichteter Politiker gegenüber JournalistInnen und KünstlerInnen, Restriktionen gegenüber NGOs, Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit, Beschränkungen der parlamentarischen Macht, Unregelmäßigkeiten bei Wahlen sind in der Zwischenzeit in Europa und auch innerhalb der Länder der Europäischen Union keine Seltenheit mehr.**

Zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten gibt es weltweit wieder mehr geschlossene Autokratien als liberale Demokratien. Zu diesem Ergebnis kommt das V-Dem Institute in seinem Democracy Report 2023. Laut des von SORA jährlich durchgeführten Demokratiemonitors halten im Jahr 2023 nur 39 Prozent der über 16-jährigen ÖsterreicherInnen das politische System in Österreich für gut, der Frage nach einem starken Führer stimmen immerhin noch fast 20 Prozent der Befragten zu.

Das Ausmaß der Zufriedenheit hängt dabei sehr stark von der ökonomischen Lage der Menschen ab. Während im oberen Einkommensdrittel 52 Prozent der Menschen der Meinung sind, dass das politische System gut funktioniert, sind es im mittleren Drittel nur mehr 41 Prozent und im unteren Drittel lediglich 24 Prozent.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die Studie „Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?“ der Friedrich Ebert Stiftung. Auch in unserem Nachbarland ist eine Mehrheit mit der Demokratie unzufrieden. Auffallend sind auch hier die großen Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit je nach sozialer Lage und die regionalen Unterschiede zwischen Ost und West. Die AutorInnen kommen zu dem Schluss, dass eine Politik, die auf mehr Verteilungsgerechtigkeit und sozialen Ausgleich setzt, das Vertrauen in die Demokratie wieder steigern kann.

## Politikverdrossenheit bei den Jungen groß

Im Jahr 2023 wurde von Ö3 eine große Jugendstudie durchgeführt, die von SORA wissenschaftlich begleitet und ausgewertet wurde. Rund 40.000 Personen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren haben sich an dieser online Umfrage beteiligt und Fragen zu Bildung, Arbeit, Beziehungen, Digitalisierung und auch zur Einstellung zu Politik und politischen Prozessen beantwortet. Obwohl sich zwei Drittel der jungen Menschen auch für Politik und politische Prozesse interessieren, ist doch die Distanz zwischen der sogenannten GenZ und der Politik enorm groß:

- 15 Prozent der Befragten fühlen sich von der Politik vertreten.
- 29 Prozent der jungen Menschen denken, dass die Älteren für ihre Meinungen und Lösungsansätze aufgeschlossen sind.
- 46 Prozent sind mit der Demokratie in Österreich wenig bis gar nicht zufrieden.
- 85 Prozent vertrauen der Politik wenig bis gar nicht.
- 42 Prozent vertrauen der Demokratie gar nicht.
- 58 Prozent sind mit dem, was sie in der Schule über Mitbestimmung und Politik gelernt haben, unzufrieden.

Wir von Europify ([www.europify.at](http://www.europify.at)) führen seit 2019 Workshops zu den Themen Demokratie, Menschenrechte, Europäische Werte



Unsere Demokratie ist ein kostbares Gut – wir verteidigen sie!

durch. Mehr als 15.000 SchülerInnen und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund, mit guten und weniger guten Deutschkenntnissen, von Dornbirn bis Jennersdorf, von der Volksschule bis zur Berufsschule haben wir bisher betreut. Und unsere Erfahrungen spiegeln die Ergebnisse der angeführten Studien wider.

Die Bildungsinstitutionen sind das Abbild der Gesellschaft. Dort schlagen gesellschaftliche und globale Probleme wie kriegerische Auseinandersetzungen, Klimakrise, Diversität, Verteilungsgerechtigkeit direkt im Klassenzimmer auf. Dort teilen Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Kulturen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen (wohlbehütet, Fluchterfahrung, autoritäre patriarchale Familienstrukturen...) den Alltag und lernen über- und voneinander. Dort wird die soziale Schere zwischen Arm und Reich mit all ihren Konsequenzen sichtbar und spürbar. Daher kommt den Bildungsinstitutionen eine enorme Verantwortung zu, dort werden mehr denn je die Weichen für die Zukunft jedes einzelnen Kindes und auch der Gesellschaft insgesamt gestellt.

## Was tun?

Die Demokratie sichern und weiterentwickeln bedarf der Auseinandersetzung auf drei verschiedenen Ebenen:

- Gleiche Teilhabe für alle in politischer und sozialer Hinsicht sowie eine Politik der gerechten Verteilung
- Ein Bildungssystem, das so ausgerichtet ist, dass nicht die soziale und kulturelle Herkunft über die Zukunft eines Kindes entscheidet (Stichwort Gemeinsame Schule bis zur 8. Schulstufe)
- Eine Politik des Miteinanders aufbauend auf Solidarität, Humanität, Frieden, Gerechtigkeit und Umweltbewusstsein als tragende und handlungsleitende Werte in unserer Gesellschaft.

Cornelia Krajasits ■

Web-Tipp: [www.europify.at](http://www.europify.at)



# Für unsere KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen

Die Betreuung der KZ-Überlebenden und ihrer Hinterbliebenen ist neben unserem antifaschistischen und historischen Engagement das wichtigste Anliegen der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen. Jedes Opfer wird, wenn gewünscht, von uns besucht.

Insgesamt entfällt im Durchschnitt ein halber Tag pro Woche auf diese, natürlich ehrenamtliche, Betreuung. Die Bedeutung von Anrufen (und auch Hausbesuchen) besteht darin, durch persönliche Gespräche der Vereinsamung der Opfer entgegenzuwirken. Da alle Betreuten schon sehr betagt sind, kümmern wir uns vor allem um ihre gesundheitliche Lage und finanziellen Anliegen. Dabei konnten wir zum Beispiel schon sehr oft Hilfestellung für eine Zuerkennung beziehungsweise Erhöhung des Pflegegeldes geben.

Ein besonderes Anliegen sind uns Beratung und Hilfestellung für die Zuerkennung beziehungsweise die Erhöhung von Opferrenten aufgrund haftbedingter Gesundheitsschäden.

Genosse Peter Weidner begleitet die KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen auch ins Sozialministeriumservice (vormals Bundessozialamt und noch früher Landesinvalidenamt), um dort mit ihnen um einen Parkausweis nach § 29 b anzusuchen und begleitet sie zum ärztlichen Sachverständigen. Diese § 29 b-Parkausweis-Bestimmungen gelten auch für Lenkerinnen und Lenker von Fahrzeugen, während sie einen Menschen, der diesen Ausweis besitzt, befördern.

Auch bei der Befreiung von Gebühren für Rezepte konnten wir schon oft helfen, ebenso bei der Eintragung des Freibetrages aufgrund des Vorliegens eines Opferausweises oder einer Amtsbescheinigung. Von den von uns Betreuten beziehen viele eine Ausgleichszulage. Für sie wird jedes kaputt gegangene Haushaltsgerät, jede neue Brille oder gar ein Zahnersatz zum großen finanziellen Problem.

## Information zur Opferfürsorge

Die folgend angeführten Einkommen sind monatliche Nettobeträge. Außer Betracht bleiben dabei Rentenleistungen nach dem Opferfürsorgegesetz, Pflegegelder und Unfallrenten, wenn behinderungsbedingte Mehraufwendungen nachgewiesen werden.

Die Einkommensgrenzen für die Vergabe von Leistungen aus dem Ausgleichstaxifonds Opferfürsorge wurden ab 1. Jänner 2024 um 9,7 Prozent wie folgt erhöht:

Für Aushilfen: Einzelpersonen 2.150 Euro,

Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.994 Euro,

Erhöhungsbeitrag pro unterhaltsberechtigtem Kind 422 Euro.

Folgende wichtige Änderung trat bereits ab 1. Jänner 2020 in Kraft:

Finanzielle Aushilfen für Heilfürsorgeleistungen (wie Zuschüsse für Zahnkronen und Brücken, Hörgeräteversorgung, Krankenbetten und Krankenfahrräder, Sehbehelfe und Brillen, orthopädische Schuhe, sonstige Heilbehelfe und Hilfsmittel, psychotherapeutische Behandlungen, Wahlartzkosten) können nicht mehr beantragt werden!

Dafür bekommen sie einmal pro Kalenderjahr 1.320 Euro.

Zuständig für Aushilfeansuchen ist das Sozialministerium, Abteilung IV/B/5, Stubenring 1, 1010 Wien (IVB5@sozialministerium.at).

Zwischen der Zuerkennung dieser Aushilfe muss der Zeitraum von einem Jahr liegen und muss beim Sozialministerium bei Frau Margit Dorn (Margit.Dorn@sozialministerium.at), 1010 Wien, Stubenring 1, beantragt werden.

Sehr gerne stellt auch Peter Weidner diesen Antrag!

Bei allen Fragen steht Ihnen wie immer Peter Weidner telefonisch unter 0664/533 88 29 oder per E-Mail (p.weidner@aon.at) mit Rat und Tat zur Seite. Er füllt Ihre Formulare aus und leitet diese an die zuständigen Stellen weiter.

Große Bitte:

Solltet ihr Nachfahren von ermordeten KZ-Opfern und auch von KZ-Überlebenden kennen, bitten wir euch Peter Weidner zu verständigen. Es könnte sein, dass diese Menschen aufgrund des Schicksals ihrer Eltern schwer traumatisiert sind und dann einen Anspruch auf eine Opferrente hätten. Vielen Dank!



DÖW

## Brigittenauer Märzgedenken

Am 16. März erneuerten Bezirksvorsitzender Berni Macek und Bezirksvorsteherin Christine Dubravac-Widholm eine Kränze in der Brigittenau. Die Kränze im Otto-Haas-Hof, am Betriebsbahnhof Wexstraße und am Freiheitsturm erinnern an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Der Zeitpunkt des Gedenkens im März, dem Monat des sogenannten „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland, erinnert an die Täterrolle Österreichs im Nationalsozialismus, welche leider bis heute vielerorts verharmlosend dargestellt wird. Die Bedeutung dieses Gedenkens wurde auch auf dem Instagram-Kanal der Bezirksvorsteherin via Stories vermittelt.



Mirjam Schweighardt

**BV Christine Dubravac-Widholm und FreiheitskämpferInnen-Vorsitzender Berni Macek bei der Gedenktafel am Freiheitsturm in der Klosterneburger Straße 99**

# Gedenken an die Widerstandsgruppe Kirchl-Trauttmansdorff

79 Jahre nach der Ermordung der Widerstandsgruppe Kirchl-Trauttmansdorff gedachte die SPÖ St. Pölten, zusammen mit den FreiheitskämpferInnen Niederösterreich und der Jungen Generation in St. Pölten, den Kämpfern für Österreichs Freiheit im Hammerpark am Hain der Menschenrechte beim Denkmal von Hans Kupelwieser. Am 13. April 1945, wenige Stunden bevor die Rote Armee die Stadtgrenzen erreichte, wurden im Hammerpark 13 Mitglieder der Widerstandsgruppe Kirchl-Trauttmansdorff erschossen.

Das Besondere an dieser aus bis zu 400 Personen bestehenden Gruppe war, dass sie aus Menschen unterschiedlichster sozialer Schichten und politischer Gesinnungen bestand. Vom Gutsbesitzer über Polizisten, vom Drehergehilfen bis zum Landwirt, von Sozialdemokraten bis zu Katholiken einte alle ein Ziel: Die kampfbereite Übergabe der Stadt. Verraten wurden sie von einem Gestapo-Spitzel, der unter dem Decknamen Adam fungierte.

Der eine Sammelpunkt der Widerstandsgruppe war in Pottenbrunn im Schloss Trauttmansdorff, der zweite Sammelpunkt beim Bauern Böhm in Zuleithen. In Pottenbrunn musste man sich mit dem Losungswort „Herbst“ zu erkennen geben, und geantwortet wurde mit dem Losungswort „Frühling“. Für den Sammelpunkt in Zuleithen galten die Losungsworte „Eis“ und „Schnee“.

Am 13. April fand im Schulzimmer der Polizeikaserne die Standgerichtsverhandlung gegen die verhafteten österreichischen FreiheitskämpferInnen statt. Von einer Gerichtsverhandlung kann man nicht sprechen, denn den Angeklagten wurde nicht das Recht eingeräumt, sich zu verteidigen.

Unter ihnen befanden sich auch drei Frauen, nämlich die Gattinnen des Arbeiters Klarl, Maria, des stellvertretenden Polizeidirektors Dr. Kirchl, Helena, und des Gutsbesitzers Trauttmansdorff, Helene.

Um 15 Uhr wurden sie in einen Polizeimannschaftswagen verladen und auf dem Schießstättengelände beim Hammerpark von einem zwölf Mann starken SS-Peloton erschossen. Der Landwirt Konrad Gerstl wurde wenige Stunden später von einem Gestapobeamten unter dem Vorwand, ihn als Zeugen vernehmen zu müssen, mittels Autos nach Sankt Pölten gebracht und dort am späten Nachmittag im Hammerpark erschossen. Die Leichen wurden in einer Schottergrube auf dem Hundedressurplatz verscharrt. Un-



Neuninger

**v.l.n.r.: Josef Böhm, Enkelsohn des ermordeten Landwirts Josef Böhm, Fritz Neuninger, GR Gregor Unfried, Mevljudije Jusufi, GR Jürgen Kreamer, Günther Nohsek, Erich Hössinger, NR Robert Laimer, Leo Gabloner, Christoph Schildböck, Michelle Rupp, Katrin Hössinger, JG Vorsitzender Dominik Grosch und Vorsitzender der FK NÖ Anton Heinzl**

mittelbar nach der Ermordung wurde beobachtet, wie sich mehrere Gestapobeamte wegen der Verteilung des Pelzmantels von Dr. Kirchl und des Wintermantels des Grafen Trauttmansdorff heftig stritten.

Während im Hammerpark die Schüsse der SS krachten, stand die Rote Armee bereits in Kreisbach, auf der Rudolphshöhe, in Obritzberg, Statzendorf, Inzersdorf und bei Herzogenburg.

Am 15. April rückten Truppen der Roten Armee in Sankt Pölten ein. Wenige Tage später leuchteten von den Häusern in der Stadt zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder die rotweißroten Farben.

Gregor Unfried ■

## Anschlussgedenken in Oberösterreich



Lea Milicevic

Antifaschistisches Gedenken am Bernaschekplatz in Linz am 12 März

Am 12. beziehungsweise 13. März gedachten die FreiheitskämpferInnen Oberösterreich des Jahrestags des gewaltvollen Anschlusses an Hitlerdeutschland im Jahr 1938. So versammelten sich Mitglieder der Opferverbände und des Linzer Gemeinderates am 12. März abends beim Bernaschekplatz, um eine würdige Gedenkveranstaltung abzuhalten. Als Gastredner fungierte der Bürgermeister von Linz, Gen. Klaus Luger, der in einer kurzen aber wichtigen Rede den Stellenwert des Antifaschismus hochhielt.

Tags darauf versammelte sich eine Gruppe, bestehend aus FreiheitskämpferInnen, Mitgliedern des KZ-Verbandes und interessierten Menschen am Stadtplatz in Laakirchen, um den Getöteten der Welser Gruppe zu gedenken. Sie operierten als Widerstandsgruppe bis 1944 in Oberösterreich und mehrere Mitglieder kamen noch knapp vor der Befreiung des KZ Mauthausen ums Leben. Dabei gelang es auch, mit dem Bürgermeister eine gemeinsame Lösung für den Verbleib des Denkmals in Laakirchen zu finden. Positiv: Bei beiden Gedenkveranstaltungen waren viele junge Menschen anzutreffen - ein gutes Zeichen!

Alexander Rath ■



# Befreiungsfeiern in Oberösterreich

Einen Fixpunkt im Jahr für uns FreiheitskämpferInnen stellt das Wochenende im Mai dar, wo mehrere Befreiungsfeiern zelebriert werden und an denen wir regen Anteil nehmen.

Den Anfang nahm die Befreiungsfeier in Ebensee am Vormittag des 4. Mai, die zahlreich besucht wurde. Gastredner in Ebensee war Niklas Frank, der Sohn des NS-Verbrechers Hans Frank. In besagter Rede mahnte er nicht nur Vorsicht gegenüber gegenwärtigen Tendenzen, sondern verglich den modernen Rechtsextremismus mit den rassistischen und unmenschlichen Aussagen des eigenen Vaters. Für Frank ist der Schutz der Demokratie das Allerwichtigste, wie der 85-jährige eindrucksvoll darlegte. Besonders bewegend waren die Redebeiträge von Shimon Shahar, Sohn des Überlebenden Zvi Shmidmayer, sowie von Gabriele Alberti aus Italien und Juan Manuel Calvo Gaston von der spanischen Amical de Mauthausen. Letzterer erinnerte auch die Menschen, die bei den Internationalen Brigaden für die spanische Republik kämpften.

Eine weitere Station am selben Tag war dieses Jahr die Befreiungsfeier in Gusen, wo mehrere Lager standen. Dieses Jahr konnte die Gedenkfeier am ehemaligen Appellplatz stattfinden, der (ebenso wie die noch vorhandenen SS-Baracken) von der Republik Österreich gekauft und von Bauschutt bereinigt wurde. In fast allen Sprachen, die in Gusen gesprochen wurden, gab es Worte des Gedenkens und Erinnerns.

Den Hauptteil nahm natürlich die Befreiungsfeier in Mauthausen ein. Daran anschließend wurde in Ried in der Riedmark wie alljährlich den Opfern der „Mühlviertler Menschenhatz“ gedacht. Patrice Lafaurie von der französischen Amicale, Sohn eines Überlebenden, erzählte die Geschichte seines Vaters und die seiner Freunde, die in Mauthausen und anderen Nebenlagern inhaftiert waren. Die Gastrede wurde vom Regisseur Andreas Gruber geleistet, der an mehreren Filmen wie „Hasenjagd“ mitwirkte. Er verwies nicht nur auf die Ereignisse in und um Ried, sondern auch seine Verbindung mit diesen Ereignissen. In wenigen Worten drückte auch unser Landesvorsitzender Samuel Puttinger die Notwendigkeit aus, warum Gedenken, Erinnern als auch eine starke antifaschistische Haltung mehr denn je angebracht sein sollten.

Im Bewusstsein der schweren Bürde und der Qualen, die unsere GenossIn-



Mario Haas

nen und alle Menschen in diesem menschenverachtenden System durchlitten, sehen wir unseren Auftrag nicht nur im Gedenken, sondern auch in der Weitergabe unseres Wissens und der Stärkung der antifaschistischen Haltung in Partei und Gesellschaft

Alexander Rath ■

## Bischöfe beweisen Einsicht

**Folgender bedeutende Text wurde Anfang Mai in der Kathpress veröffentlicht:**

Vor 90 Jahren trat die sogenannte „Maiverfassung“ in Kraft, durch die unter Bundeskanzler Engelbert Dollfuß der nach ständisch-faschistischen Prinzipien gebildete „Bundesstaat Österreich“ etabliert werden sollte. Durch die kaum vier Jahre hindurch, die bis zum Anschluss an das nationalsozialistische Deutsche Reich vergingen, blieb sie weitestgehend eine lediglich formelle Willensbekundung einer diktatorischen Regierung - auch wenn sie „Im Namen Gottes, von dem alles Recht ausgeht“ verkündet wurde.

Aus der Geschichte der Ersten Republik lernen wir, dass eine enge Verquickung von Parteipolitik und Kirchenamt für beide Seiten nicht von Vorteil ist. Das Evangelium lässt sich nicht in die Politik einzelner Parteien gießen, gleichsam einsperren. Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der katholischen Kirche haben in den Tagen des Austrofaschismus in großer Einsei-

tigkeit der unter dem Deckmantel vermeintlich christlicher Politik agierenden Diktatur das Wort geredet und danach gehandelt - dieses Versagen müssen wir als Glaubensgemeinschaft bekennen. ...

Am 1. Mai 1934 trat nicht nur formell die ständestaatliche Verfassung in Kraft - an diesem Tag erklärte Bundespräsident Wilhelm Miklas auch das im Juni des Vorjahres zwischen Österreich und dem Heiligen Stuhl geschlossene Konkordat für ratifiziert. Diese Regelung der Beziehungen zwischen katholischer Kirche und Staat wurde von den freien Regierungen der Nachkriegszeit (nach 1945, Anm.) in den wesentlichen Punkten aufrechterhalten und ist so letztendlich zu einem Garanten für eine „freie Kirche in einer freien Gesellschaft“ geworden, wie es das Mariazeller Manifest von 1952 ausdrückt. In diesem Manifest erklärte die katholische Kirche, sie wolle keine Rückkehr zum Staatskirchen tum, zum Bündnis von „Thron und Altar“, zum Protektorat einzelner Parteien über die Kirche, und

zu allen gewaltsamen Versuchen, vermeintlich christliche Grundsätze auf rein organisatorischer und staatlicher Basis umsetzen zu wollen. Auch heute erklärt sie sich ohne Abstriche dieser selbstgegebenen Zielsetzung verbunden. Den Wert der freien Religionsausübung vermögen wir gerade heute wieder zu schätzen, wenn wir sehen, wie sehr der christliche Glaube, und nicht nur dieser, an verschiedensten Orten immer wieder bedroht und bekämpft wird, oder aber auch der politischen Vereinnahmung und Gängelung ausgesetzt ist.

### Reaktion von Andreas Babler

Der Bundesparteivorsitzende der SPÖ Andreas Babler hat die Distanzierung der katholischen Kirche vom Austrofaschismus begrüßt. „Die Kirche nimmt ihre Verantwortung für ihre Rolle in der Zeit des Austrofaschismus immer stärker wahr“, betonte der SPÖ-Chef in einer Aussendung. „Wir Sozi-

aldemokratInnen schätzen dieses Zeichen sehr“, so Babler. Bereits im Februar hatte der Grazer Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl in einer Stellungnahme gegenüber Kathpress anlässlich des 90. Jahrestags der Februarkämpfe hoch und kämpfe für das damalige Verhalten der Kirche ersucht. Die Sozialdemokratie halte die Erinnerung an die Februarkämpfe hoch und kämpfe „entschlossen jeden Tag dafür, dass die Demokratie in Österreich nie wieder gefährdet ist und sich autoritäre Tendenzen in Österreich nie wieder durchsetzen können“. Die Kirche wie auch die Sozialdemokratie seien überzeugt, „dass im gesellschaftlichen Zusammenhalt die größte Kraft liegt“, so Babler, der in diesem Punkt eine Gemeinsamkeit beider Gruppen erkannte. Wir Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen stimmen unserem Partei-vorsitzenden vollinhaltlich zu, die ÖVP möge sich ein Beispiel an der Position der Bischofskonferenz nehmen!

Kathpress / Gerald Netzl ■

# 100 Jahre Reichsbanner

Am 22. Februar 1924 wurde im mitteldeutschen Magdeburg Geschichte geschrieben. Deutschland stand noch unter dem Eindruck der Hyperinflation und der schweren politischen Unruhen des Jahres 1923 mit faschistischen und kommunistischen Umsturzversuchen und Aufständen. Die Weimarer Republik, als erste Demokratie auf deutschem Boden, war gefährdet. Deshalb gründeten Sozialdemokraten, Mitglieder der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der katholischen Zentrumspartei einen politischen Wehrverband zum Schutz der demokratischen Republik, das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, als Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer.

1930 mit dem zunehmenden SA-Straßenterror gab es eine Neubestimmung der Aufgaben. Aus dem Kreis der jüngeren Mitglieder wurden „Schutzformationen“ (Schufo) aufgestellt. Den Schufos gehörten im Frühjahr 1931 bereits 250.000 Mann an, die in viele gewalttätige Auseinandersetzungen mit der SA verwickelt wurden. Es wurden Einsatz-, Alarm- und Organisationspläne entwickelt, wie die Schufos in kürzester Zeit mobilisiert werden konnten. Paramilitärische Übungen bereiteten die Mitglieder auf körperliche Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner vor. Alleine sah man sich jedoch nicht als stark genug für die Auseinandersetzung mit den „Feinden der Republik“ an. Ausgehend von einem Vorschlag der SPD bildete am 16. Dezember 1931 daraufhin das Reichsbanner mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), der SPD und dem Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) ein Abwehrbündnis gegen Gefahren für die Republik, das sich „Eiserne Front“ nannte. Dieses Bündnis war faktisch eine SPD-ausgerichtete Organisation. Links vom Reichsbanner stand der Rote Frontkämpferbund der KPD, rechts standen Stahlhelm und SA. 1933 wurde das Reichsbanner, dem bis zu eine Millionen Mitglieder angehörten, von den Nazis verboten. Seine Mitglieder wurden verfolgt, inhaftiert, ermordet und ins Exil getrieben. 1953 erfolgte die Wiedergründung mit dem Schwerpunkt politisch-historischer Bildungs- und Erinnerungsarbeit. Es ist jedenfalls nicht falsch, das Reichsbanner als jüngere Schwester des 1923 gegründeten Republikanischen Schutzbundes zu bezeichnen.

## Wieder in Magdeburg

Gemeinsam mit dem Landtag von Sachsen-Anhalt lud das heutige Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu einem Festakt. Politische Prominenz wie die SPD-Vorsitzende Saskia Esken, Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) und zahlreiche weitere SpitzenpolitikerInnen waren dabei. Weiters reisten über 150 KameradInnen aus ganz Deutschland, ebenso wie weitere rund 100 Ehrengäste, an. Unter ihnen Johannes Tuchel, der Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, wo sich das Archiv und die sehenswerte Ausstellung des Reichsbanners befinden. Tuchel: „Wie viel einfacher, ist es heute, sich in der Demokratie zu engagieren. Wenn es etwas gibt, das wir vom historischen Reichsbanner lernen können, dann, dass demokratisches Engagement möglich ist.“ Nahezu die Hälfte der etwa 800 Mitglieder ist heute unter 40 Jahre alt. Im Foyer des Landtages wurde die Ausstellung „Für Freiheit und Republik! Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Kampf für die Demokratie 1924-1933“ gezeigt. Sie umfasst 27 Tafeln und zeichnet auch anhand von Einzelschicksalen den Kampf von Kameraden des Reichsbanners für die demokratische Republik nach.

## Ein Festakt mit klaren Worten

Höhepunkt des Tagesprogramms war der Festakt im Plenarsaal des Landtages. Landtagspräsident Schellenberger (CDU) wies in seinem Grußwort darauf hin, dass wir auch heute wieder zur Verteidigung der Demokratie aufgerufen sind. 64 Reichsbanner-Leute seien noch vor dem Verbot des Verbands ermordet worden, auch deren Kampf und das Opfer dieser Menschen werde bei der heutigen Festveranstaltung gewürdigt, erinnerte der Vorsitzende Fritz Felgentreu und betonte weiter: „Die Werte des Reichsbanners müssen uns heute genauso wichtig sein wie der Weltkriegsgeneration vor hundert Jahren“. Das sichtbare Symbol dieser Werte seien die Farben Schwarz, Rot und Gold (in Abgrenzung zu Schwarz-Weiß-Rot, den Farben der Monarchisten und der Hakenkreuz-Fahne, Anm.). Das Reichsbanner hatte unter diesen Farben dem aggressiven Nationalismus, dem Antisemitismus und der Unterdrückung von Minderheiten den Kampf angesagt. Den Rechtsnationalen von heute rief er zu: „Lassen Sie Ihre Finger von den Farben der Freiheit!“ ... „Die Republik, sie lebe hoch! Freiheit!“



Diese Stele auf dem Domplatz erinnert an die Gründung des Reichsbanners

Stefan Deutsch



# Die Delegiertenkonferenz in Neudörfel 1874 Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich

In den 1860er-Jahren erreichte die Industrialisierung ein Ausmaß, das den Industriekapitalismus zum Fundament der Volkswirtschaft machte. Die Lohnarbeit war schrittweise zum zentralen Element der Produktion geworden. Die Hauptlast des Jahrzehnte dauernden Transformationsprozesses der Industrialisierung trugen vor allem landwirtschaftliches Gesinde, Tagelöhner:innen in Stadt und Land, Dienstmot:innen, besitzlose und besitzarme Männer, Frauen und Kinder sowie Handwerker und Heimarbeiter:innen. Diese diverse Masse an Arbeitskräften sollte die Basis für die Entstehung der sozialdemokratischen Arbeiter:innenbewegung werden. Im Rahmen der Dezemberfassung 1867 wurde ein liberales Vereinsrecht gewährt. Unmittelbar danach entstanden in den meisten Industriezentren der Habsburgermonarchie unzählige „Arbeiter-Vereine“, sowohl als Bildungs-, Spar-, Konsum-, Krankenkassen- als auch als Gewerkschaftsvereine. Ins weltanschauliche Zentrum der entstehenden politischen Bewegung rückten zum einen die „Selbsthilfe“-Bewegung des deutschen Nationalliberalen Hermann Schulze-Delitzsch. Vornehmlich Handwerker und Facharbeiter sollten durch gerechten Lohn und Gründung von Konsum- und Altersvorsorgevereinen Teil der neuen Wirtschaftsordnung werden. Zum anderen wurde die „Staatshilfe“-Ideologie des deutschen Arbeiterführers Ferdinand Lassalle bedeutend. Durch die Erlangung des allgemeinen gleichen Wahlrechts sollte die Macht im Staat errungen werden, um dann im Sinne des Proletariats die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Ebenso gewannen die Vorstellungen der Internationalen Arbeiter-Assoziation unter Führung von Karl Marx ideologischen Einfluss. Entlang dieser politischen Orientierungen bauten sich massive Richtungsstreitigkeiten auf. Der Streit zwischen Selbst- und Staatshilfe war zentral. Daran haftete auch die Auseinandersetzung, ob man Teil des Liberalismus oder

eine selbstständige „Arbeiterpartei“ sein sollte. Gerade im österreichischen Vielvölkerreich entbrannte die weitreichende Debatte, ob man sich national nur für das deutsche oder international vor allem auch für das tschechische Proletariat zuständig fühle. Ebenso intensiv wurde über die politischen Mittel zur Erreichung der Ziele gestritten: reformistisch versus revolutionär. Streitparteien waren der „radikale“ Verein „Gleichheit“ in Wiener Neustadt rund um den Wiener Handwerker Andreas Scheu, der „gemäßigte“ Verein „Volksstimme“ um den Journalisten Heinrich Oberwinder in Wien und der „sezessionistische“ Wiener Verein „Brüderlichkeit“ um den Sozialethiker Emil Kaler-Reinthal. Eine Delegiertenkonferenz sollte die Spaltung überwinden, deren Organisation federführend der Grazer Journalist Hippolyt Tauschinsky übernahm. Schließlich wurde nach Baden bei Wien zu einer „vertraulichen Besprechung“ geladen, die jedoch behördlich untersagt wurde. Nach hektischer Umleitung der Delegierten ins (heute burgenländische, damals)

ungarische Neudörfel blieben 74 Stimmberechtigte, die aus Niederösterreich, Wien, Oberösterreich, der Steiermark, Kärnten, Böhmen, Mähren und Ungarn kamen, über. Der Kongress war zunächst von der Überwindung der Fraktionsstreitigkeiten und vom Ausgleich zwischen deutsch- und tschechischsprachigen Delegierten geprägt. So wurde ein Zentralkomitee der neuen Partei in Graz angesiedelt. Die Wiener Neustädter „Gleichheit“ und die Prager „Dělnické listy“ („Arbeiterblätter“) wurden zum Zentralorgan bestimmt. Der Höhepunkt war die Beschlussfassung eines Parteiprogramms. Dieses definierte als Ziele die Befreiung des arbeitenden Volkes von der modernen kapitalistischen Produktionsweise und das brüderliche Zusammenwirken aller nationalen Arbeiterschaften. Es folgte ein Forderungskatalog, der u. a. die vollumfänglichen staatsbürgerlichen Rechte, die Trennung der Kirche vom Staat, obligatorischen Unterricht in den Volksschulen, die Unabhängigkeit der Richter und die Einführung eines gesetzlich geregelten Arbeitstages forderte. Dem Delegiertentag folgten hefti-

ge Reaktionen der Behörden. Die junge Sozialdemokratie erfasste eine Welle der Vereinsverbote. Das Programm selbst wurde schließlich als „staatsgefährlich“ erklärt. Weiters wurden laufend politische Führungspersonlichkeiten verhaftet und wegen „geheimer sozialdemokratischer Verbindungen“ vor Gericht gestellt. Die der Wirtschaftskrise durch den Börsenkrach 1873 folgende Massenarbeitslosigkeit minderte ebenso die Organisationskraft der Partei. Trotz alledem wurde in Neudörfel ein mutiges Fundament für die österreichische Sozialdemokratie geschaffen, das schließlich zum Jahreswechsel 1888/1889 zur endgültigen Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei führen sollte.

Michael Rosecker ■

## 150 JAHRE ÖSTERREICHISCHE SOZIALDEMOKRATIE



**H**ier im Leitha-Gasthaus in Neudörfel kamen am 5. und 6. April 1874 trotz behördlicher Schikane 74 Vertrauensmänner der Arbeitervereine aus vielen Kronländern der Donaumonarchie zu einem Delegiertentag zusammen.

Sie gründeten die »Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich«.

Große Meinungsverschiedenheiten zu Beginn mündeten schlussendlich in ein visionäres Parteiprogramm. Dieses forderte u. a. das allgemeine gleiche Wahlrecht, die volle Presse- und Versammlungsfreiheit, die Unabhängigkeit der Gerichte, eine progressive Einkommens- und Erbschaftsteuer und die Abschaffung der Kinderarbeit in den Fabriken. Die in Wiener Neustadt erscheinende Zeitung »Gleichheit« wurde zum zentralen Sprachrohr der neuen Partei erklärt.

Das mutige Programm wurde als »staatsfeindlich« bekämpft. Polizeiliche Verfolgung, behördliche Vereinsauflösungen und eine weitreichende Zensur waren die Folge. Die Begeisterung der Delegierten legte dennoch das Fundament für die sozialdemokratische Bewegung, die Österreich bis heute prägt.

In Freundschaft und ehrendem Gedenken!

Weitere Informationen finden Sie unter:  
[www.rotbewegt.at/lexikon/neudoerfl/](http://www.rotbewegt.at/lexikon/neudoerfl/)



**rotbewegt.at**  
Geschichte lernen. Politik verstehen.

Gewidmet von der  
Sozialdemokratischen Partei Österreichs  
am 6. April 2024.

**SPÖ**

Diese Gedenktafel wurde am 150. Geburtstag, dem 4. April 2024, am ehemaligen Leithagasthaus in der Hauptstraße 154 in Neudörfel enthüllt



# Außenlager-Gedenken

Am 5. April ist in Hirtenberg (Bezirk Baden) eine Mauthausen-Außenlager-Stele enthüllt worden. Dabei handelt es sich um eine vier Meter hohe Säule, auf der die Ortsnamen der 40 Außenlager des Konzentrationslagersystems Mauthausen aufgelistet sind.

Bereits seit 2020 läuft das Projekt „Außenlager-Stele“. Schrittweise werden dabei Erinnerungszeichen an den Standorten der ehemaligen KZ-Außenlager von Mauthausen errichtet. Premiere war in Melk im Mai 2023 (vor dem Eingang zur KZ-Gedenkstätte Melk, Schießstattweg 2), in Gunkskirchen wurde im Jänner 2024 die zweite enthüllt (an der Kreuzung Wiener Straße und Lambacher Straße gleich vor dem „Gunkskirchen-Denkmal“). An den Standorten wird immer ein Erkennungszeichen in Form einer vier Meter hohen Säule mit den Ortsnamen, Richtungen und Entfernungen der Außenlager errichtet, jedes „Prisma“ steht für ein Außenlager des KZ-Systems Mauthausen.

Die dritte Außenlager-Stele wurde nun in Hirtenberg errichtet und bei einer Gedenkveranstaltung am 5. April enthüllt. Die nächste soll im Oktober in St. Aegydt am Neuwalde aufgestellt werden. „Mauthausen zu begreifen, heißt,

das System Mauthausen mit seinen mehr als 40 Außenlagern zu verstehen. Allzu lange war die Aufarbeitung der KZ-Verbrechen im Komplex Mauthausen auf das Hauptlager selbst beschränkt, genauso wie das Gedenken an dessen Opfer“, so Innenminister Gerhard Karner (ÖVP).

## KZ Hirtenberg als Rüstungslager

„Das Außenlager des Konzentrationslagers hier in Hirtenberg war ein Ort des Schreckens und der Sklaverei, an dem uns die Vergangenheit einholt“, erinnerte auch SPÖ-Landespartei-vorsitzender Sven Hergovich. Mit der Vergangenheit Österreichs gehe auch eine Verantwortung einher: „Die Erinnerung an die Opfer wachzuhalten, die Werte der Menschlichkeit zu verteidigen und aktiv gegen jede Form von Extremismus und Rassismus einzutreten“, so Hergovich.

Im KZ-Außenlager Hirtenberg kamen am 28. September 1944 die ersten Häftlinge an. Es diente als Lager für die Rüstungsindustrie. In der nahegelegenen Produktionsstätte wurde von den weiblichen Häftlingen Kriegsmunition hergestellt. Das Lager bestand bis April 1945. Die Stele steht im Park vor der Mittelschule Ecke Leobersdorfer Straße / Enzesfelder Straße. Das



Elisabeth Schink

v. l. n. r. Vbgm. Franz Malzl (Hirtenberg), Bgm. Daniel Pongratz (Pottenstein), Anton Heinzl (FK), Bgm. Karl Brandtner (Hirtenberg), Gerlinde Sauerschnig (FK), BM Gerhard Karner, LR Sven Hergovich, LAbg. Bgm. Wolfgang Kocevar (Ebreichsdorf), LAbg. Elvira Schmidt

Mauthausen Memorial freut sich über eine Zusammenarbeit an allen Orten ehemaliger Außenlager. Es braucht (öffentlichen) Grund und (lokale bzw. regionale) Kooperationen zur Errichtung der Stele.

noe.ORF.at / Gerald Netzl ■

## Vorher - nachher

Das Statut unseres Bundes besagt unter § 3 Tätigkeit „Der beabsichtigte Vereinszweck soll erreicht werden... 5) durch die Anregung zur Errichtung und Erhaltung von Gedenktafeln und Denkmälern für FreiheitskämpferInnen und Opfer des Faschismus“.

Ende Jänner habe ich mehrere Gedenktafeln für den Februar 1934 be-

sucht, um zu kontrollieren, in welchem Zustand sie sind. Eine, eine wenig Bekannte auf einem Gemeindebau des Roten Wien in der Kennergasse 10 in Favoriten, war beschmiert. Die Bitte an Vbgm. Wohnbaustadträtin Gin. Kathrin Gaál, die Tafel säubern zu lassen, wurde umgehend umgesetzt.

Vielen Dank!

Gerald Netzl ■



Gerald Netzl

Die beschmierte Gedenktafel in der Kennergasse 10



Die gereinigte Gedenktafel



# Massaker der Wehrmacht in Griechenland

Die Verbrechen der SS im französischen Oradour und im tschechischen Lidice sind weitgehend bekannt, die Massenmorde der Wehrmacht auf dem Balkan sind dagegen kaum im kollektiven Gedächtnis der Tätergesellschaften verankert.

Im Sommer 1943 wurde in der nördlichen Peloponnes eine sich verstärkende PartisanInnen-tätigkeit registriert. Nach der italienischen Kapitulation im September befürchteten die deutschen Okkupanten eine alliierte Landung. Im Oktober sollte eine Wehrmachtskompanie in der Bergregion von Kalavryta nach PartisanInnen suchen und geriet in einen Hinterhalt. Am 7. Dezember exekutierten PartisanInnen von ihnen damals gefangene Wehrmachtssoldaten. Das stellte zweifelsfrei einen eklatanten Bruch des Kriegsrechts dar, die deutsche Reaktion war dennoch brutal: Am 13. Dezember ermordeten die Soldaten alle Männer Kalavrytas, 511 Menschen, der jüngste ein zwölfjähriger Bub. Die Stadt wurde in Brand gesetzt. Die eingeschlossenen Frauen und Kinder ließ man nach den Exekutionen der Männer wieder frei, auf dem Rückmarsch in die Standorte führten die Einheiten weitere Exekutionen durch und zerstörten 25 Dörfer. Das Massaker von Kalavryta war das größte in Griechenland, es wurde im kollektiven Gedächtnis zum Symbol für die Besatzungspolitik und die Verbrechen der Wehrmacht.

Die Gemeinde Distomo liegt in einer kleinen Hochebene unweit des antiken Delphi. Seit April 1944 war es in dem Gebiet immer wieder zu kleineren Gefechten und Überfällen der griechischen Volksbefreiungsarmee ELAS auf Fahrzeugkolonnen der Wehrmacht gekommen. Zu diesem Zeitpunkt kontrollierten die deutschen Besatzer im wesentlichen nur noch strategische Punkte und Verbindungswege. Am 10. Juni 1944 überfielen Angehörige der 2. Kompanie des 7. SS-Panzergrenadierregiments der 4. SS-Panzer-Grenadier-Division unter dem Kommando des SS-Hauptsturmführers Fritz Lautenbach das kleine, nur wenige hundert Einwohner zählende Dorf Distomo. Sie ermordeten - vom Säugling bis zum Greis - unterschiedslos alle EinwohnerInnen, die sie antrafen, und verwüsteten das Dorf. Dem Massaker fielen insgesamt 218 Menschen zum Opfer. Nur wenige der von den SS-Soldaten in Distomo angetroffenen BewohnerInnen haben in Verstecken oder, wie der damals knapp 4-jährige Argyris Sfountouris, durch Zufall überlebt. Einzelheiten der überlieferten Berichte überlebender Opfer, griechischer Behörden, auch beteiligter SS-Leute und der wenige Tage später von Athen herbeigeholten Beobachter des Interna-



AlMare / Wikipedia

Gedenkstätte Distomo, Ausschnitt aus der Denkmal-Reliefdarstellung

tionalen Komitees vom Roten Kreuz sowie Akten späterer Gerichtsverfahren zeichneten ein grauenvolles Bild des Geschehens und der barbarischen Zerstörungswut der SS-Truppe.

Auch dem Massaker in Distomo war ein Angriff der ELAS auf die SS-Kompanie vorausgegangen, die zur Partisanenbekämpfung ausgerückt war und bei Befragungen in Distomo erfahren hatte, dass tags zuvor eine Partisanengruppe die Ortschaft durchquert habe. Die SS war danach weitergezogen und kurz vor dem Nachbarort Stiri in ein Gefecht geraten, bei dem 15 Partisanen und 6 SS-Männer getötet wurden. Für diesen Angriff rächte sich die SS-Einheit in Distomo auf schreckliche Weise.

Die Gemeinde Distomo erinnert an jedem Jahrestag unter starker griechischer und internationaler Beteiligung an das Massaker vom 10. Juni 1944, verbunden mit Veranstaltungen und einer Prozession zur großen Gedenkstätte, die auf einem Hügel etwas außerhalb der Gemeinde errichtet worden ist. Dort sind auf einer mehrteiligen Tafel Namen und Alter aller 218 Opfer zu lesen, in einem Schrein sind die Gebeine der Ermordeten aufbewahrt. In Distomo selbst ist ein 2005 vom damaligen griechischen Staatspräsidenten Papoulias in den Räumen der ehemaligen Schule eröffnetes Museum dem Gedenken an das traumatische Geschehen gewidmet.

Gerald Netzl ■

## Giacomo Matteotti

Am 10. Juni 1924 wurde Giacomo Matteotti, der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens und Sprecher ihrer Parlamentsfraktion, im Auftrag Mussolinis von faschistischen Meuchelmördern getötet. Auf dem Heimweg von einer Versammlung der Opposition, die sein Mut noch zwei Jahre nach dem Machtantritt des Faschismus zusammenhielt, war er von gedungenen Banditen überfallen, in ein Auto gezerrt und verschleppt worden. Ganz Italien schrie damals vor Abscheu und Entsetzen auf. Anlass für die Ermordung war nicht zuletzt seine Rede im italienischen Parlament am 30. Mai 1924, in der er die Untaten der faschistischen Regierung anprangerte, die weltweit Aufsehen erregte: „Ihr tötet mich, aber die Idee in mir werdet ihr

niemals töten. Meine Idee stirbt nicht. Meine Kinder werden ihren Vater preisen. Die Arbeiter werden meine Leiche segnen. Es lebe der Sozialismus!“

Das Rote Wien ehrte Giacomo Matteotti 1928 mit der Benennung einer großen Wohnhausanlage an der „Ringstraße des Proletariats“ nach ihm. 1934 benannten die Austrofaschisten den Gemeindebau in „Giordani-Hof“, bezeichnen-derweise nach einem italienischen Faschisten, um. Erst 1945, nach der Befreiung vom Nationalsozialismus, erhielt er seinen ursprünglichen Namen zurück und steht noch immer als Fanal des Antifaschismus und der internationalen Solidarität Wiens. Matteottis Andenken lebt weiter.

Gerald Netzl ■



Gerald Netzl

Gedenktafel für Giacomo Matteotti auf dem nach ihm benannten Gemeindebau in Wien-Margareten

# Josef Gerl (1912-1934) – niemals vergessen!

Josef Gerl war Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und des Republikanischen Schutzbunds Brigittenuau. Im Goethehof beteiligte er sich an den Februarkämpfen, floh danach in die Tschechoslowakei und kehrte bald darauf wieder nach Österreich zurück.

Am 15. Juli 1934 nahm er an der Kundgebung der RS auf der Predigerstuhlwiese teil. Einer der beiden Toten, Hans Fröhlich, war ein Freund Gerls aus der SAJ. Schockiert und unter dem Eindruck dieses behördlichen Terrors unternahm Gerl gemeinsam mit Rudolf Anzböck am 20. Juli 1934 einen Sprengstoffanschlag auf eine Signalanlage der Donauuferbahn. Der Sachschaden war gering, das Betonfundament der Anlage wurde zerstört, diese selbst allerdings nur leicht beschädigt. Als die beiden Männer einige Stunden später im Keplerpark in Favoriten von einem Polizisten angehalten wurden, zog Gerl eine Pistole und verletzte den Beamten mit zwei Schüssen schwer. Dieser starb drei Wochen später an den Verletzungen, was in die Urteilsfindung nicht einfließen konnte, denn das Schnellverfahren gegen Gerl und Anzböck fand am 24. Juli statt. Die beiden Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, Gerl noch am selben Abend hingerichtet, Anzböck zu lebenslangem Kerker begnadigt. Anzböck ging im Februar 1938 im Rahmen der großen Amnestie frei, er emigrierte bald danach in die USA. Grundlage des schweren Urteils war eine kurz zuvor in Kraft getretene Gesetzesverschärfung, die bereits den Besitz von Sprengmittel, nicht nur dessen Anwendung, unter Todesstrafe stellte. Diese sollte sich eigentlich gegen den massiven Sprengstoffterror der Nazis richten.

Die illegale Arbeiter-Zeitung berichtete in ihrer Ausgabe vom 29. Juli 1934 unter anderem:

„Genosse Gerl hat sich vor dem Standgericht wie ein Held benommen. Er hat jedes Wort vermieden, das andere hätte belasten können. Er hat seinen Mitangeklagten, Genossen Anzböck, entlastet und alle Schuld auf sich genommen. Als er gefragt wurde, ob er denn nicht wusste, dass seine Taten zum Galgen führen können, hat er stolz geantwortet: ‚Mein Ideal stand mir höher als mein Leben.‘ Viele Jahre ist Josef Gerl arbeitslos gewesen. Das hat er ertragen. Die faschistische Sklaverei ertrug er nicht. Und heldenmütig, wie er vor dem Standgericht gestanden ist, ist Josef Gerl zum Galgen gegangen. Sein letzter Ruf war: ‚Freiheit!‘“

Engelbert Dollfuß hat nicht nur die Begnadigung Josef Gerls abgelehnt, sondern auch Gott dafür gedankt, dass es ein Roter und kein Nazi war, der nach der Gesetzesverschärfung als Erster auf dem Galgen sterben musste.



Josef Gerls Grab nahe der Feuerhalle Simmering (Abteilung 8, Ring 2, Gruppe 2, Nummer 23)

Gerald Neza

## Eisenbahnnostalgie und Deportationsgedenken

In der Leopoldstadt in Wien ist am Gelände des ehemaligen Nordbahnhofes ein neuer Stadtteil entstanden. Eine Ansammlung historischer Eisenbahnschienen wurde dort durch Anrainerinitiative zu einem Erinnerungszeichen an die Deportationen vom und über den Wiener Nordbahnhof gestaltet.

Noch in der Baustellenphase habe ich bei Spaziergängen eine wunderliche Ansammlung historischer Schienen entdeckt. Seit jeher haben Eisenbahnschienen sogenannte Walzzeichen aufgeprägt, aus denen ersichtlich ist in welchem Jahr und in welchem Walzwerk das Teil hergestellt wurde. In einem kleinen Abschnitt des Geländes fanden sich Schienen aus 60 Jahren und unzähligen europäischen Ländern willkürlich zu Abstellgleisen aneinandergeschweißt. Bei genauer Betrachtung erkennt man, dass die Gleise nur in der Zeit der Monarchie und des „Dritten Reiches“ aus ganz Europa stammen, in den anderen Zeitabschnitten verweisen alle Walzzeichen auf das steirische Donawitz. Es ist anzunehmen, dass irgendwann ein lange gewachsener Stapel mit übriggebliebenen Schienen aufgearbeitet wurde und sich so ein kleines Schienenarchiv überliefert hat.

Die älteste ausländische Schiene stammte aus dem Jahr 1911 und dem tschechischen Walzwerk Kladno. Es sollte sich noch eine weitere Schiene aus Kladno finden, diesmal aus dem Jahr 1940. Direkt neben einer Schiene aus Donawitz mit der Aufschrift 1938 lag ein Gleis aus



Sofie Lepšac

**Gerhard Stanz hat die historischen Schienen entdeckt und ihre Ausstellung angeregt**

dem Deutschen Reich mit der Prägung „Thyssen 1939“. Die Symbolik ist stark. Über die Sozialen Medien verbreitete sich die Information über diesen „Industriefriedhof“ und viele Menschen aus dem Grätzl teilten die Faszination, die Objekte ausstrahlen, die Lebensräumen Geschichte geben.

Für den 27. Juni 2019 war eine Podiumsdiskussion zur Geschichte des Nordbahnhofes ange-

setzt. Der Zufall wollte es, dass dieser Tag auch Jahrestag einer Deportation vom Nordbahnhof war. Obwohl der Zufall nicht besonders groß sein musste, es gibt viele Tage im Jahr, an denen man in Wien einer Deportation gedenken könnte.

Bei der Veranstaltung wurde dem unbekanntem Schicksal der Opfer der Deportation 47G vom 27.6.1944 nach Auschwitz in einer Schweigeminute gedacht und der Gedanke war geboren, die kuriosen Schienenartefakte nicht nur als nostalgische Eisenbahnerinnerung auszustellen, sondern sie in den Kontext der Deportationen zu stellen.

Die Wiener Stadtgärten erklärten sich bereit, fünf ausgewählte Schienenstücke aufzustellen, aber vor allem akzeptierten sie den Textvorschlag, der neben einer kurzen Geschichte des Nordbahnhofes auch eine Erinnerung an die Deportationen enthält.

Hier die ganze Geschichte - Webtipp: [www.zeitfenster.at/stories/Schienenfriedhof-Nordbahnhof/](http://www.zeitfenster.at/stories/Schienenfriedhof-Nordbahnhof/)

Gerhard Stanz ■



# Wer war David Bach?

David Josef Bach ist am 13. August 1874 in Lemberg (heute Lwiw) zur Welt gekommen, aber in Wien aufgewachsen, denn bereits 1875 hat sein Vater in Wien als Buchhalter gearbeitet. Schon als Gymnasiast kam Bach mit den zwei geistigen Bereichen in Berührung, in denen sich später sein Leben abspielen sollte: mit dem Sozialismus und mit der Musik. Er gehörte im Gymnasium einem Freundeskreis an, dem es irgendwie zu Ohren gekommen war, dass es eine sozialistische Bewegung gebe.

Die jungen Leute wussten aber nicht, dass es in Österreich eine sozialistische Bewegung gab und schrieben an den führenden deutschen Sozialdemokraten August Bebel. Der machte sie in seiner Antwort auf Victor Adler aufmerksam. Dieser empfing die Buben und gab ihnen den guten Rat, zunächst einmal in der Schule anständig zu lernen. Sie wurden von ihm aber auch mit sozialistischer Lektüre versorgt. Der Freundeskreis pflegte sehr oft vor einem der drei Kaffeehäuser in der Hauptallee des Wiener Praters der dort musizierenden Militärkapelle zuzuhören. Dort lernte Bach Arnold Schönberg kennen, der später als einer der Begründer der Zwölftonmusik in die Kulturgeschichte eingegangen ist (siehe „Kämpfer“ 3/2023 S. 16).

Obwohl der Vater von Bach früh gestorben ist und es die Familie sehr schwer hatte, konnte David an der Wiener Universität studieren. In der Arbeiter-Zeitung veröffentlichte David eine Artikelserie, wurde aber besonders wegen seiner Stenographiekenntnisse geschätzt. In einer so kleinen Redaktion konnte es nicht ausbleiben, dass man auf seine Beziehung zur Musik aufmerksam wurde. Als der Musikkritiker des Blattes, Josef Scheu, im Oktober 1904 plötzlich durch eine Blinddarmentzündung aus dem Leben gerissen wurde, übernahm Bach das Musikreferat der Arbeiter-Zeitung.

David Josef Bach wollte aber mehr tun, als den LeserInnen der Zeitung Kulturereignisse schildern, an denen viele von ihnen nicht teilnehmen konnten. Er schrieb in einem Brief an Victor Adler: „Musikkritik, an sich ein zweifelhaftes Unterfangen, ist heute für den Arbeiter ein leeres Wort. Nicht durch Betrachtungen, sondern durch die Tatsachen kann der Arbeiter an die Musik herangebracht werden.“ Die „Tatsachen“ wurden geschaffen: Am 29. Dezember 1905 wurde bereits das erste Arbeiter-Symphonie-Konzert im Wiener Großen Musikvereinsaal durchgeführt. Es war ein so großer Erfolg, dass von nun an diese Konzerte zu einem ständigen Bestandteil des Wiener Musiklebens wurden.

Im Programm der Arbeiter-Symphonie-Konzerte gab es Schwieriges und Leichtes, Altgewohntes und Modernes. Sie fanden auch nicht immer in Konzertsälen statt, sondern auch im Theatersaal eines Arbeiterheims. So sang Alexander Girardi im Ottakringer Arbeiterheim im Rahmen einer solchen Veranstaltung das Aschen- und das Hobellied aus dem „Verschwender“. Neben Werken von Beethoven und Mozart kam auch ein damals modernes Musikstück wie die „Messe des Lebens“ von Delius zur Aufführung. Das 50. Arbeiter-Symphonie-Konzert, auf dessen Programm das Violinkonzert von Beethoven und die symphonische Dichtung „Mazeppa“ von Liszt standen, fand in einer sehr ernsten Zeit, nämlich am 22. November 1914, statt. Wer eine Ahnung von den Verhältnissen hat, die damals herrschten, kann sich vorstellen, welche Hindernisse sich der Weiterführung der Konzerte entgegenstellten.

Am 11. Jänner 1919 fand das erste Arbeiter-Symphonie-Konzert in der jungen Republik statt. Damit begann eine Epoche der sozialistischen Kulturbestrebungen, die alles bisher auf diesem Gebiet Dagewesene über-



Georg Fayer OeNB 10449585

David Josef Bach

strahlte. Der Aufstieg der ArbeiterInnenbewegung in der Ersten Republik löste trotz der materiellen Not der Zeit eine gewaltige Begeisterung aus, die sich auch bei kulturellen Bestrebungen auswirkte. An Stelle des Vereins „Freie Volksbühne“ trat die von Bach geleitete „Sozialdemokratische Kunststelle“. Diese beschränkte sich nicht auf ein einziges Theater. Sie veranstaltete auch keine Aufführungen, sondern schloss vielmehr mit den Theaterdirektionen Verträge über die Zuteilung einer bestimmten Anzahl verbilligter Karten. Die Aufführung der „Dreigroschenoper“ von Brecht und Weill im Raimundtheater wurde so zu einem großen Erfolg.

Am Ende des verhängnisvollen Jahres 1933 schied Bach aus der Redaktion der Arbeiter-Zeitung und wollte sich nun als Pensionist hauptsächlich seinen Aufgaben in der Kunststelle und bei den Arbeiter-Symphonie-Konzerten widmen. Doch dies fand bald ein Ende. Es war wie ein Symbol: Das letzte Arbeiter-Symphonie-Konzert fand am Sonntag, 11. Februar 1934 statt...

Nach der Besetzung Österreichs durch die Hitler-Armee fand Bach in London ein Asyl. Dort hat er im Heim des Klubs der österreichischen sozialistischen EmigrantInnen („Austrian Labour Club“) kleine Hausveranstaltungen abgehalten. Er ist nach Ende des Krieges in England geblieben, wo er am 30. Jänner 1947 aus dem Leben schied.

Gerald Netzl ■

(Quelle: Alfred Magaziner: Die Vorkämpfer, 1979 S. 126, leicht gekürzt)

## Salzkammergut

Im Kulturhauptstadtjahr 2024 im Salzkammergut erscheinen zahlreiche Bildbände, Dokumentationen und wissenschaftliche Texte über die Region zwischen Gmunden und dem Ausseerland. Ein Buch verdient besondere Erwähnung, weil es sich den Frauen und Männern widmet, die unter Einsatz ihres Lebens dem Nationalsozialismus widerstanden haben. Die von Peter Kammerstätter recherchierte „Materialsammlung zur Widerstands- und Partisanenbewegung 1943-1945“ ist unter der Leitung von Raphael Besenbäck im Verlag „Bibliothek der Provinz“ publiziert worden.



Peter Kammerstätter (1913-1993), selbst 1939 wegen politischer Betätigung in Buchenwald inhaftiert, hat seine 780-seitige Materialsammlung in jahrelanger Arbeit 1978 in nur wenigen Typoskripten ausgewählten Bibliotheken und historischen Forschungsstätten übergeben. Mit einem Kassettenrecorder ausgestattet, suchte er in den 1960er und 1970er-Jahren noch lebende ZeitzeugInnen auf, um ihre erzählten Erinnerungen aufzuzeichnen. Ergänzt durch originale Dokumente und Fotos entstanden zwei stattliche Bände, die der Öffentlichkeit bisher kaum zugänglich waren. Peter Kammerstätter hat damit die Frauen und Männer um den legendären Sepp Plieseis dem Vergessen entrissen.

Im Zentrum der Materialsammlung steht der Unterschlupf mit dem Decknamen „Igel“ am Fuß des Schönbergs im Toten Gebirges. Der Aufbau des Partisanenstützpunktes, das Leben am „Igel“, die Versorgung durch ein Netzwerk im Tal, das mehrheitlich von Frauen organisiert wurde und die Aktionen der Männer stehen im Zentrum des Buches. Darüber hinaus wird auch die inzwischen verfilmte Rettung der Kunstwerke im Altausseer Salzbergwerk zum Thema. Das Außergewöhnliche an der Materialsammlung ist die Tatsache, dass die Beteiligten selbst zu Wort kommen. Es sind Erzählungen aus erster Hand, die Peter Kammerstätter verschriftlicht hat. Auf diese Weise wurde er auch, ohne es zu beabsichtigen, zum Vorreiter für die inzwischen etablierte Methode der „oral history“. Das Buch ist eine „Geschichte der kleinen Leute“, die sonst kein Gehör gefunden hätten. Sepp Plieseis, Alois Straubinger, Karl Gitzoller, Resi Pesendorfer, Leni Egger oder Marianne Feldhammer und ihr Beitrag zur Befreiung Österreichs wäre längst vergessen.

Das Kulturhauptstadtjahr 2024 gibt Gelegenheit, gerade diesen Menschen und ihrem Widerstandsgeist ein Denkmal zu setzen. Durch die Publikation dieses umfangreichen Buches ist ein wesentlicher Beitrag gelungen, den „widerborstigen“ (Franz Kain) Frauen und Männern des Salzkammerguts die Ehre zu Teil werden zu lassen, die ihnen die österreichische Gesellschaft zu ihren Lebzeiten verwehrt hatte.

Wolfgang Quatember ■

Ralph Besenbäck, Peter Kammerstätter: Salzkammergut-Ausseerland. Widerstand und Partisanenbewegung 1943-1945. Eine Materialsammlung von Peter Kammerstätter, Bibliothek der Provinz, Weitra 2024, ISBN 978-3-99126-252-7, 777 Seiten, € 44,00

## Die Universität Wien im Austrofaschismus

Gestützt auf eine breit gefächerte Quellenbasis spannt die Historikerin Linda Erker in sieben Kapiteln einen weiten Bogen über das universitätspolitische Geschehen beginnend 1848 bis weit über das Ende des NS-Regimes 1945. Im Besonderen schließt sie mit der Analyse der Jahre 1933-1938 eine unglaubliche Forschungslücke. Bereits 1968 leistete die Historikerin Erika Weinzierl, bei ihrer Antrittsvorlesung als ordentliche Professorin für Zeitgeschichte an der Universität Salzburg, Pionierarbeit. Dies zu einem Zeitpunkt als Hochschullehrer, die in beiden Diktaturen Karriere gemacht hatten, Professoren waren. Der damalige ÖVP-Bundeskanzler Josef Klaus war in den 1930er Studentpolitiker.

Linda Erker verweist in ihrer Analyse der österreichischen Hochschulpolitik 1933-1938 auf die Vorgeschichte der universitätspolitischen Geschehnisse beider österreichischer Diktaturen. Im Besonderen blickt die Historikerin auf die bürgerliche Revolution 1848, den darauf folgenden Erlass der Universitätsgesetze, die Gleichstellung der Konfessionen aufgrund des Staatsgrundgesetzes 1867, die 1875 antisemitisch geprägte Vorlesung Theodor Billroths und daraus resultierender Folgen, sowie auf die politische Entwicklung an der Universität Wien 1918-1933, zurück. Fünf Kapitel sind dem Kernthema der Analyse, der Zeit des Austrofaschismus, zugeordnet: NS-Studententerror und austrofaschistische Gegenmaßnahmen; Veränderungen im Lehrkörper März 1933 bis Juli 1934; Gestaltungsansprüche der Regierung; Studierende zwischen Juliputsch 1934 und Juliabkommen 1936; Maßnahmen gegen Lehrende und Studierende Juli 1934 bis Juli 1936; Abstieg des Austrofaschismus: Die Universität Wien zwischen Juli 1936 und „Anschluss 1938“.

Das letzte Kapitel ist der Zeit der NS-Diktatur und der Nachkriegszeit gewidmet. Die Entnazifizierung der Lehrenden an der Universität Wien und die Auswirkungen der „Lex Schönbauer“ auf deren Karriere bildet einen weiteren Schwerpunkt. <https://geschichte.univie.ac.at/de/artikel/die-entnazifizierung-der-professorenschaft-der-universitat-wien>

Dr.<sup>in</sup> Linda Erker ist Universitätsassistentin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Aktuell arbeitet sie an Projekten zur Universitätsgeschichte, zur Wissenschaftsmigration nach Südamerika und zu rechtsradikalen Netzwerken. Daneben engagiert sie sich für die Vermittlung zeithistorischen Wissens. Das Buch ist über den Bibliotheksserver der Uni Wien als Open Access-Publikation verfügbar.

Edith Krisch ■

Linda Erker: Die Universität Wien im Austrofaschismus, Österreichische Hochschulpolitik 1933 bis 1938, ihre Vorbedingungen und langfristigen Nachwirkungen, Vienna University Press, Wien 2021, ISBN 978-3-8471-1362-1, 326 Seiten, € 50,00



# Trümmer, Not und Wiederaufbau

Zerbombte Häuser, Straßen, Fabriken und Bahnhöfe, Hunger und Elend – das war Wien bei Kriegsende. Die Zeitenwende zwischen Zusammenbruch und Neubeginn rekonstruiert die zweibändige Dokumentation „Nach dem Krieg – Wien 1945-1946“ des Vereins für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung. Als Quelle dienten Artikel in sozialistischen Printmedien und Protokolle des SPÖ-Parteivorstandes. So wird nicht nur die allgemein bekannte Nachkriegsgeschichte, sondern auch heute Vergessenes in den Fokus genommen.

Zum Beispiel war die Zahl der stationierten Soldaten in der sowjetischen Zone im Verhältnis zur Bevölkerung weit höher als im übrigen Österreich. Rosa Jochmann, lange in Ravensbrück inhaftierte Widerstandskämpferin und SPÖ-Nationalratsabgeordnete, wurde von sowjetischen Offizieren nach einer Parteiveranstaltung kurzzeitig festgenommen. Und die Sowjetunion forderte das so genannte „deutsche Eigentum“ für sich, Unternehmen, die dem NS-Regime oder dessen Repräsentanten gehört hatten. Um diese Betriebe für Österreich zu retten, beschloss der Nationalrat das Gesetz zur Verstaatlichung dieser Firmen.

Breiten Raum nehmen Berichte über Not und Mangel ein. Die meisten Kinder waren unterernährt, auf Lebensmittelkarten gab es nur etwa tausend Kalorien pro Tag, sofern überhaupt Waren angeliefert wurden. Krankheiten wie Tuberkulose nahmen sprunghaft zu. Viele WienerInnen bauten auf Grünflächen Gemüse an, oder man hielt Kaninchen, Hühner oder Ziegen, oft auch in Wohnhäusern. Gleichzeitig wurde die Beseitigung von Millionen Tonnen Schutt organisiert und die städtische Infrastruktur wie Gas-, Wasser- und Stromleitungen, Straßenbahnen und Brücken wieder instandgesetzt.

Erwachsene Männer fehlten, viele waren noch in Kriegsgefangenschaft. So mussten Frauen arbeiten gehen, Kinder und betagte Angehörige versorgen, sich stundenlang für Brot und andere Lebensmittel anstellen und aus getrockneten Erbsen, Salzfisch und anderen Ersatzprodukten halbwegs genießbare Mahlzeiten improvisieren, alte Kleidung ausbessern oder umarbeiten. Viele Jugendliche waren durch faschistischen Drill und frühe Kriegserfahrung traumatisiert. So griffen viele zum Alkohol, wurden Diebe oder Schwarzhändler, Mädchen auch Prostituierte.



VGA Wien

**Nach dem Krieg. Wien 1945-1946. VGA-Dokumentation 2022/2023 des Vereins für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, 2 Bände, Wien 2024, € 45,00. ISSN 2305-5669. Zu bestellen unter: [www.vga.at](http://www.vga.at)**

Das Kapitel „Schatten der Vergangenheit“ schildert die Schwierigkeiten überlebender Jüdinnen und Juden, außerdem Maßnahmen zur Entnazifizierung wie Fahndung nach Kriegsverbrechern und Erfassung aller NS-DAP-Mitglieder sowie das Problem der Displaced Persons (verschleppte Personen), vor allem entlassene KZ-Häftlinge, ZwangsarbeiterInnen sowie Vertriebene und Flüchtlinge aus dem Osten, die von der Bevölkerung oft als zusätzliche Belastung angefeindet wurden. Zahlreiche teils unveröffentlichte Fotos und Plakate aus dem Archiv ergänzen das Bild einer Vergangenheit, die heute leider wieder aktuell ist.

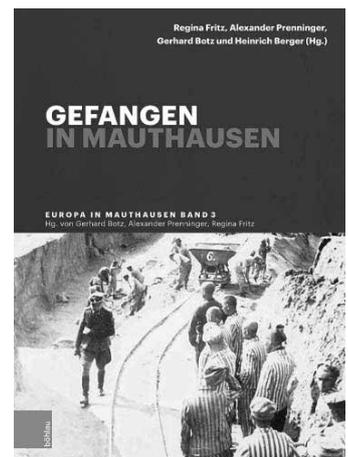
Veronika Kaiser ■

# Gefangen in Mauthausen

Die Reihe „Europa in Mauthausen“ ist auf vier Bände ausgelegt und stellt umfassend die Geschichte der Überlebenden dieses nationalsozialistischen Konzentrationslagers samt seinen vielen Außenlagern dar. Diese beruht auf einer einmaligen Sammlung von über 850 lebensgeschichtlichen Interviews mit Überlebenden, die ab 2002 im Rahmen des „Mauthausen Survivors Documentation Project (MSDP)“ geführt wurden. Band 3 „Gefangen in Mauthausen“ handelt vom Alltag der Häftlinge im einzigen nationalsozialistischen Konzentrationslager der Stufe III und von ihren Versuchen, am Leben zu bleiben. Ihr Tod oder Überleben hing stark davon ab, in welche rassistischen, nationalen, politischen oder beruflichen Kategorien sie von der SS einge-

ordnet wurden und unter welchen Bedingungen und wann sie in das KZ Mauthausen gekommen waren. Trotz des Terrorsystems der SS gelang es manchen Häftlingen, resilient zu sein und Lücken im mörderischen KZ-System als Überlebenschance zu nutzen. Basierend auf den lebensgeschichtlichen Interviews in 16 verschiedenen Sprachen mit den letzten Überlebenden legen international ausgewiesene Geschichts-, Sozial- und KulturwissenschaftlerInnen in 21 Beiträgen eine Neueinschätzung der Lebenswelten der Häftlinge vor und zeigen, wie vielfältig die „Häftlingengesellschaft“ gewesen ist, wenn man die mikroskopische Sicht der Oral History einnimmt. Die große Mehrheit der interviewten Überlebenden wurden erst 1944 und 1945 nach Mauthausen

und in das Außenlagersystem gebracht. Dort variierten die Lebens- und Überlebensbedingungen sehr stark. Man muss nicht das ganze Buch lesen, es kann ja sein, dass man nur an einzelnen Kapiteln interessiert ist. D. h. ein Blick ins Inhaltsverzeichnis lohnt sich. Sechs der 21 Kapitel widmen sich den Häftlingen aus ausgewählten Ländern: Tschechoslowakei, Italien, Griechenland, Spanien, Frankreich und UdSSR. Das Buch ist insgesamt gut zu lesen, wenn auch manchmal Anzahl und Umfang der Fußnoten sehr ausführlich geraten ist. Viele Fußnoten weisen auf vertiefende Literatur hin. Das Buch bestätigt, dass in Mauthausen und seinen Außenlagern kaum Häftlinge aus Österreich waren, und der Übertitel der Serie „Europa in Mauthausen“ zutrifft.



Die Bände 1 und 2 sind 2021 erschienen und wurden im „Kämpfer“ 2/2021 auf Seite 8 rezensiert und empfohlen. Gerald Netzl ■

Regina Fritz, Alexander Prenninger, Gerhard Botz, Heinrich Berger: Gefangen in Mauthausen. Böhlau Verlag, Wien 2024, ISBN 978-3-205-21536-3, 623 Seiten, € 48,00

# Nichts zu sehen? Stalag XVII B Krems-Gneixendorf

In einer Kombination aus aktuellen Fotografien und historischen Dokumenten präsentieren die Fotografin und Fotojournalistin Karin Böhm und die Historikerin und Kulturwissenschaftlerin Edith Blaschitz im Rahmen des Forschungsprojekts „NS-Volksgemeinschaft und Lager im Zentralraum Niederösterreich. Geschichte - Transformation - Erinnerung“ eine spannende Spurensuche in Vergangenheit und Gegenwart.

Durch die Verknüpfung zahlreicher, nur auf den ersten Blick idyllischer Fotografien mit den Koordinaten des ehemaligen Lagergeländes gelingt es Karin Böhm, den Leser:innen ein anschauliches Bild vom Gelände des größten Kriegsgefangenen- und Arbeitslagers des Dritten Reiches auf dem Gebiet des heutigen Österreich zu vermitteln. Mehr als 60.000 Menschen, darunter Amerikaner, Franzosen, Belgier, Italiener, Sowjetbürger und Serben, waren hier zeitweise inhaftiert und wurden dann - mit Ausnahme der amerikanischen Gefangenen - in nahegelegenen Lagern als Arbeitstrupp untergebracht, von wo aus sie an verschiedenen Arbeitsplätzen Zwangsarbeit leisten mussten. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass die Häftlinge bei der einheimischen Bevölkerung Unterstützung fanden. Edith Blaschitz ist es im Laufe ihrer Forschungsarbeit gelungen, mit Hilfe der wenigen noch lebenden Zeitzeugen, der Nachkommen von Häftlingen und Lagerpersonal sowie der einheimischen Bevölkerung neue Erkenntnisse über die verschiedenen Opfergruppen und ihre Bewacher zu gewinnen. Die Zusammenschau der von den Autorinnen gewonnenen Erkenntnisse und der abschließende, sehr informative Essay der Kunsthistorikerin und Bildwissenschaftlerin Viola Rühse geben den Leser:innen nach Jahrzehnten des Schweigens einen Einblick in die Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven der Lagerinsassen.

Viola Rühse verweist in ihrem Essay auf historische Ereignisse und zeitgeschichtliche Aktivitäten der Katastralgemeinde Gneixendorf. So erwähnt sie den mehrwöchigen Aufenthalt Ludwig van Beethovens im Jahr 1826 und berichtet in diesem Zusammenhang über das jährlich stattfindende Musikfestival und die seit 2021 bestehende outdoor-Ausstellung. Im Besonderen geht die Expertin auf das gelungene „Bild-Text-Mosaik“ von Karin Böhm und Edith Blaschitz ein. Kritische Worte findet Viola Rühse zur Gneixendorfer Erinnerungskultur an die Zeit von 1939 bis 1945.



Die Publikation „Nichts zu sehen?“ ist ein Zeitdokument, das sich durch zahlreiche Fußnoten, ein umfangreiches Literaturverzeichnis sowie Bild- und Zitatnachweise auszeichnet. Stalag = Kriegsgefangenen-Mannschafts-stammlager bzw. Stammlager (im Gegensatz zu Oflag = Offizierslager). XVII bezeichnet den Wehrkreis (Wien, bestehend aus den damaligen Gaue Oberdonau, Niederdonau und Groß-Wien), B folgt aus der Chronologie der Gründung (A für Stalag XVII A Kaisersteinbruch) und zuletzt die Ortsbezeichnung Krems-Gneixendorf. Wehrkreis XVIII waren die Gaue Salzburg, Tirol, Kärnten und Steiermark.

Edith Krisch ■

Karin Böhm, Edith Blaschitz: Nichts zu sehen? Stalag XVII B Krems-Gneixendorf - eine topografische Vermessung, Bibliothek der Provinz, Weitra 2024, ISBN: 978-3-99126-207-7, 142 Seiten, € 25,00

## Roman Felleis

Roman Felleis' politisches Engagement begann in der Sozialistischen Arbeiterjugend. Nach der Niederschlagung des Februaraufstands und dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und all ihrer Organisationen gründete er bei einem Treffen der ehemaligen FunktionärInnen der Jugendbewegung im Wienerwald bereits am 18. Februar 1934 gemeinsam mit seinem besten Freund Bruno Kreisky und anderen GenossInnen die Revolutionäre Sozialistische Jugend. In der Zeit der austrofaschistischen Diktatur war Roman Felleis deshalb mehrmals in Haft, er zählte zu den Angeklagten im Sozialisten-

prozess 1936.

Am 12. August 1939 wurde Roman Felleis mit 46 anderen Revolutionären Sozialisten festgenommen und in das KZ Buchenwald überstellt, wo er später im illegalen Häftlingskomitee mitwirkte. Felleis kümmerte sich vor allem um die jüdischen Mithäftlinge - wie z. B. Robert Danneberg, Heinrich Steinitz und Edmund Reismann -, die noch wesentlich brutaler behandelt wurden als ihre nicht-jüdischen Kameraden.

Am 24. August 1944 starb Roman Felleis als Mitglied des Lager-Sanitätstrupps auf tragische Weise bei einem US-amerikanischen Bom-

benangriff auf die Werkanlagen des KZ.

„Roman Felleis war mein engster Freund ... Er war ein Arbeiterbub im echtsten Sinn des Wortes: Armer Leute Kind, die aber sehr auf sich und ihren Sohn geschaut haben ... Er war bildungshungrig, nicht um der Karriere willen, sondern, wie man heute sagen würde, der Lebensqualität wegen. Er war mutig, opferbereit und von einer menschlichen Wärme, die mir heute noch bewusst ist; durch materielle Werte absolut unbestechlich, jahrelang arbeitslos und doch rastlos tätig. Was ich an ihm besonders geschätzt habe, war sein Humor.“ Aus: Bruno Kreisky, Zwischen den Zeiten (1986) Im 3. Bezirk erinnert



Unvergessen: Roman Felleis

ein Gemeindebau an Roman Felleis, im 21. Bezirk eine nach ihm benannte Gasse.

Gerald Netzl ■



# Muriel Gardiner Buttinger: Amerikanerin - Revolutionäre Sozialistin - Philantropin

Helen Muriel Morris wurde 1901 als viertes Kind wohlhabender Eltern in Chicago geboren. Im Alter von elf Jahren organisierte Muriel eine Suffragetten-Demonstration. Später studierte sie englische Literatur in Europa. 1926 wollte sie sich in Wien von Sigmund Freud analysieren lassen. Freud verwies sie jedoch an Dr. Ruth Mack, verheiratete Brunswick. In Wien heiratete Muriel den Engländer Julian Gardiner. Nach kurzer Ehe und der Geburt der Tochter Connie trennte sich das Paar wieder. Connie blieb bei Muriel. Um selbst Psychoanalytikerin werden zu können, studierte Muriel in Wien Medizin.

Am 12. Februar 1934 erlebte sie, wie Österreich unter Engelbert Dollfuß in den Abgrund stürzte und die SDAP verboten wurde. Schnell entschloss sie sich, die Sozialisten in ihrem Kampf gegen das autoritäre Dollfuß-Regime und das aufkommende NS-Regime zu unterstützen. Sie kam in Kontakt mit dem politisch erfahrenen, ehemals kommunistischen Ehepaar Ilse und Leopold Kulczar (Kulcsar) und deren „Gruppe Funke“. Obwohl das Ehepaar von ihren Vereinsmitgliedern die Einhaltung konspirativer Regeln verlangte, verhielten sie sich selbst unbekümmert. Als sie enttarnt wurden, musste sie Muriel in einer Nacht- und Nebelaktion mit falschen Pässen ausstatten.

Unter dem Decknamen Mary unterstützte Muriel nun die RS, half mit finanziellen Zuwendungen, unterzeichnete Bürgschaftserklärungen, um die Flucht nach Amerika zu ermöglichen, organisierte Treffen in ihrem Haus in Sulz im Wienerwald und stellte ihre Wiener Wohnungen als Verstecke zur Verfügung. Sie hielt Kontakt zu Otto Bauer und dem ALÖS und übernahm Kurierdienste. Unter anderem gelang Manfred Ackermann und seiner Familie die Flucht nach Amerika. Bei den RS lernte Muriel deren Vorsitzenden Joseph Buttinger unter seinem Decknamen Gustav Richter kennen. Nach ihrer Flucht vor dem NS-Regime heirateten sie in Paris und konnten Europa gerade noch mit dem Schiff über Le Verdon verlassen.

In Amerika unterstützte das Ehepaar Gardiner Buttinger die österreichischen Emigranten. Muriel sorgte für Lebensmittel und Unterkünfte und

gewährte finanzielle Unterstützungen. Sie wurde eine angesehene Psychoanalytikerin und Joseph Buttinger war von 1945 bis 1947 Europadirektor des IRC („International Rescue Committee“). Beide unterstützten nach 1945 die österreichische Bevölkerung mit „Care-Paketen“, „Colis Swiss“ und Kleidung. Muriel ermöglichte ihrem Mann den Aufbau einer ca. 60.000 Exemplare umfassenden Bibliothek und finanzierte später die Verschiffung von 50.000 Büchern nach Europa. Diese bildeten den Grundstein der neu errichteten Universität Klagenfurt. Muriel Gardiner ermöglichte über ihre Familienstiftung die Errichtung des Freud Museum London in Sigmund Freuds letztem Wohnhaus.

Muriel Gardiner starb am 6. Februar 1985 in Princeton. Joseph Buttinger starb am 4. März 1992 in New York City.

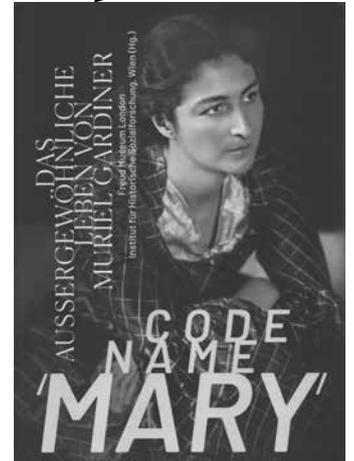
Edith Krisch ■

Quellen:

Muriel Gardiner, Joseph Buttinger: Damit wir nicht vergessen, unsere Jahre 1934 bis 1947 in Wien, Paris & New York.

Muriel Gardiner: Mörder ohne Schuld, Wenn Kinder töten – Gründe und Hintergründe.

Joseph Buttinger: Das Ende der Massenpartei. Am Beispiel Österreichs.



Plakat einer Ausstellung in der AK Kärnten

## Wir gratulieren zum Geburtstag: April bis Juni 2024

**100:** Focke Franz, Wien, **98:** Prammer Anna, Linz; Siczkowsky Anna, Wien, **96:** Kalod-Födinger Margareta, Seewalchen am Attersee; Kalauner Alwis, Wien, **95:** Humitsch Hubert, Klagenfurt; Pilar Alfred, Wien, **94:** Harant Eduard, Lanc Erwin, Kosar Hans, Wien, **93:** Langfellner Ingeborg, Linz; Strobl Alfred, Zahel Leo, Wien, **92:** Fischer Benedikt, Attnang-Puchheim; Sedlmayer Hans, Hagenbrunn; Greilinger Karl, Resler Josef, Wien, Hahnler Erika, Wr. Neustadt; **91:** Blecha Karl, Hanke Erik, Wien, **90:** Zabloudil Sylvia, Klosterneuburg; Burg Werner, Mödling; Weinmann Willibald, Rannersdorf; Horvath Helene, Wien, **85:** Stingl Alfred, Graz; Linzer Theresia, Hochwolkersdorf; Kamper Gerlinde, Kapfenberg; Proyer Adolf, Rannersdorf; Hammer Hilda, Schwechat; Mrkos Richard, St. Pölten; Wangler Maria, St. Pölten; Stellnberger Otmar, Steyr; Pfleger Robert, Wasservogel Peter, Grillenhofer Herbert, Roth Adolf, Wien, Grabner Arnold, Wr. Neustadt; **80:** Krammer Christa, Deutschkreutz; Kallus Peter, Graz; Brenner Dietmar, Herzogenburg; Raitzl Maria, St. Pölten; Knotzer Friedrich, Traiskirchen; Schwarz Charlotte, Waidhofen/Thaya; Friedler Georg, Ribarek Matthias, Achs Oskar, Fiedler Renate, Grandics Rudolf, Hanzalek Oskar, Karlsson Irmtraut, Stepanek Ingrid, Votter Waltraud, Zachoval Hans, Cabana Martin, Nowotny Ewald, Oen Tiong-Bing, Rietenauer Karin, Sramek Gernot, Toifl Gerhard, Wien, **75:** Zeglovits Helmut, Brunn am Gebirge; Volgger-Spiess Günter, Exton; PA USA, Schenner Arnold, Gmunden; Löw Josef, Groß-Ebersdorf; Sonnweber Karl, Guntramsdorf; Thurner Gerhard, Hochwolkersdorf, Kuen Heinrich, Innsbruck; Gruber Margarethe, Judenburg; Dobnigg Karl, Kammern; Jobst Vinzenz, Klagenfurt; Rudnigger Peter, Klagenfurt; Friedl Othmar, Linz; Rathausky Manfred, Nussdorf-Debant; Wester Johanna, St. Pölten; Meyer Friederike, St. Pölten; Fabian Walter, Straden; Gatty Werner, Horazdovsky Helene, Leitner Arnold, Vogl Walter, Artner Christine, Bauer Wolfgang, Karrer Monika, Mayer Alois, Wien, Leichtfried Günther, Wieselburg; Malli Rupert, Wilhelmsburg



# Februar 1934 in Oberösterreich

Die Februarkämpfe nahmen ihren Anfang in Linz, als sich Richard Bernaschek sowie der Republikanische Schutzbund der Entwaffnung durch Heimwehr und Polizei zur Wehr setzte. Wie ein Lauffeuer breitete sich der Widerstand über Teile Österreichs aus. In Linz, Steyr, Holzleithen und Ansfelden kam es zu erbitterten Kämpfen, der Generalstreik war noch weitflächiger angelegt. Dennoch reichte der Widerstand nicht, unsere GenossInnen wurden geschlagen und verhaftet - Anton Bulgari und Josef Ahrer zu Unrecht erhängt!

Unsere Landesgruppe Oberösterreich hat zum 90. Jahrestag eine von Alexander Rath verfasste Broschüre zu den Ereignissen des Februar 1934 in ihrem Bundesland herausgebracht. Ziel der Broschüre soll sein, allen interessierten Menschen das Thema näher zu bringen. Sie ist sowohl für GenossInnen als auch für interessierte Menschen gedacht.

Bei Interesse an einem oder mehreren Exemplaren bitte die Landesgruppe Oberösterreich kontaktieren: [office@freiheitskaempfer-ooe.at](mailto:office@freiheitskaempfer-ooe.at)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Ingrid Antes, Anton Bergauer, Klaus Bergmaier, Margit Dorn, Veronika Kaiser, Erich König, Cornelia Krajasits, Edith Krisch, Dominik Lang, Berni Macek, Gerald Netzl, Wolfgang Quatember, Alexander Rath, Michael Rosecker, Gerhard Stanz, Gregor Unfried.

**Grafische Gestaltung:** Wien Work – Digital Media

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24. Mai 2024**

## Impressum:

**Medieninhaber und Herausgeber:** Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: [kaempfer@spoe.at](mailto:kaempfer@spoe.at), Internetadresse: [www.freiheitskaempfer.at](http://www.freiheitskaempfer.at).

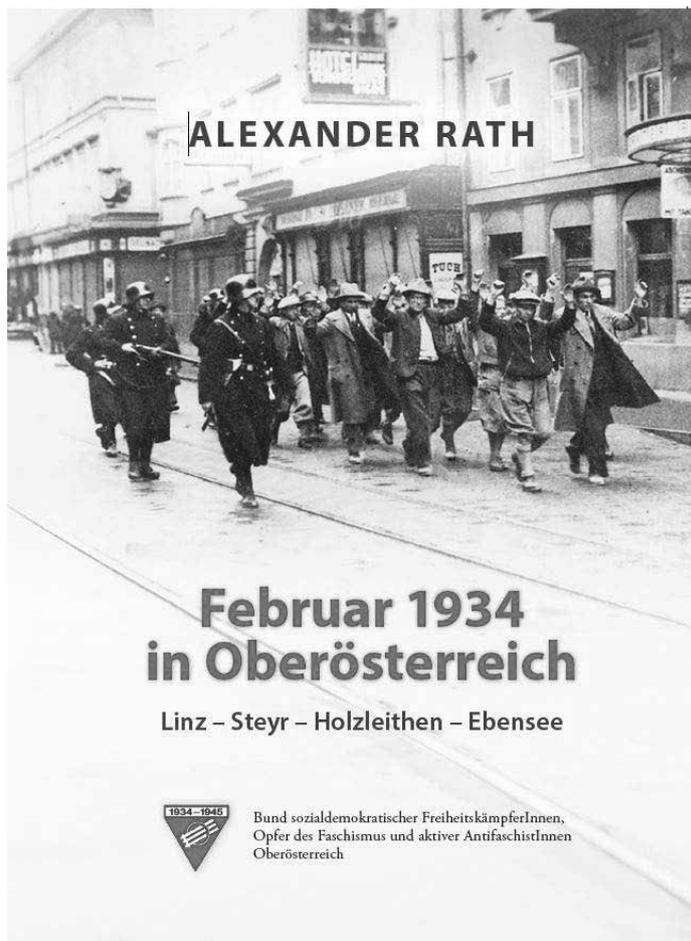
**Fotos:** Redaktion FreiheitskämpferInnen

**Lektorat:** Klaus Bergmaier

**Hersteller:** Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

**Zlnr.:** GZ 02Z033355M



Österreichische Post AG  
MZ GZ02Z033355M